

Per Fax an 0201-7992-7302

**Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Berufungsgericht zu Mehrfach-
Gerichtsbescheid
S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Zweigertstraße 54
45130 Essen**

Velbert, 07. April 2025

Berufung wegen Anfechtung von
brutal verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden
**S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)**
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe.

Einspruch mit Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 gegen
S 46 P 302/24 (S 46 P 385/24) Sozialgericht Düsseldorf unter Hinweis
und Einbeziehung aller Argumente der laufenden Berufungsverfahren
L 5 P 105/24 und L 5 P 110/24 am Landessozialgericht NRW,
nach Niederschlagung von zeitgleichen Petitionen an den
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag (2010- 2011)
mit detaillierten Stellungnahmen und ständigen
Verfassungsbeschwerden seit 2010
in Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren des
Klägers seit 2011 mit Abwehr von weisungsgebundenen
Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten
Bundesrepublik Deutschland und des beklagten Freistaats Bayern
im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal und des Sozialgerichts
Düsseldorf, in Klagen gegen die Bundesrepublik Deutschland und
gegen den Freistaat Bayern an Verwaltungsgerichten in Regensburg,
Düsseldorf und Berlin
Opfer lebenslanger Familienzerschlagung unter Hitler und Stalin,
seit Geburt (1941): Vater begraben in Kramatorsk / Ost-Ukraine
(1945), Bruder bis in den Tod gehetzt (2012).
Opfer für Kosten der deutschen Wiedervereinigung (1989/1990)
ohne Solidarität deutscher Gemeinschaft
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, erzwungen
mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit Maximierung des
Auktionsvolumens für Kostentilgung der deutschen
Wiedervereinigung, nach Niederschlagung der o.g. Petitionen mit
Fortsetzung durch soziale Zerschlagung mit Unterdrückung von
Schadenersatz

Rechtsstreit hier:

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger (Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter vertreten von Prozessbevollmächtigten mit Datenschutz-Skandal und „Hass im SCHUFA-Netz“ (**RAe Giebel und Kollegen**, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),

unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**, mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer, mit judikativem Service für die Richter,

unter Weisungsdruck durch das **wegen politisch motivierter Zerschlagungen beklagte Bundeskanzleramt der amtierenden Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland**

gegen Albin L. Ockl, Beklagter und Berufungskläger seit 2011 mit Petitionen an den

Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in München (2010), mit

Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler mit sofortiger Wirkung nach Eingang der Bitte des Beklagten um Unterstützung in den Petitionen in 2010 Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

Daher: Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Wiederaufbau des zerschlagenen Familienunternehmens nach Art.34 GG

Detaillierte Ausführungen zu diesem Schriftsatz zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS1g.pdf>

Scroll down after link (page 1)

Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:

> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz gegen staatliche Übergriffe** gegen Rentner im 84.Lebensjahr,

mit verfassungswidrigem Übermaß, mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, mit Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen mit Pfändungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen,

2mal mit Freiheitsberaubung und anschließendem „JVA-Service“ für weisungsgebundene Staatsanwälte gegen das Opfer wegen politisch motivierten Zerschlagungen nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz in Deutschland und Europa,

mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen Anspruchs** auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung und jetzt mit **Klage wegen lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941**

trotz Verfassungsbeschwerden seit 2010 mit einem Grundgesetz, mit dem Zustände wie unter Hitler zu verhindern sind.

Grundrechte sind Ewigkeitsrechte !

LSG-101. Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen als Kostenopfer der deutschen Wiedervereinigung seit 1998,

Gründungsjahr von Google, böartig ohne Solidarität

> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.

> Nachgewiesen: Ohne Chance gegen alte NSDAP-Seilschaften zwischen Altbayern und Sudetendeutschen (4.Volksstamm in Bayern unter Schirmherrschaft des heutigen Ministerpräsidenten), Generationen übergreifend, reaktiviert durch zeitgleiche Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011), mit andauerndem Einfluss auf politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des heutigen Bayerischen Ministerpräsidenten mit seiner ehemaligen Staatsministerin (Merkel/Söder/Huml)

Wendepunkt für Deutschland, sich endlich ehrlich zu machen: Berufungskläger hat endlich und vorrangig grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG).

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen nachgewiesen, in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West

LSG-102. Aus aktuellem Anlass:

Tilgung hoher Kosten der deutschen Wiedervereinigung (1990):

Fortsetzung in 2025 mit Solidarität deutscher Gemeinschaft:

Solidaritätszuschlag seit 1995 auch in 2025 noch

verfassungsgemäß (Bundesverfassungsgericht 26.03.2025).

Verfassungswidrig: Tilgung hoher Kosten der deutschen Wiedervereinigung mit über 50 Mrd € einer maximierten UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag, der je erzielt wurde, weil Missbrauch als Monster-Markteingriff zur Erzwingung politisch motivierter Zerschlagung für digitale Innovationselite in Deutschland zugunsten der deutschen Wiedervereinigung mit maximierter UMTS-Auktion in 2000: Solidaritätsverweigerung für digitale Innovationselite in Deutschland, die mit der UMTS-Auktion 2000 eliminiert wurde zugunsten der deutschen Wiedervereinigung!

Nicht nur am Wohnort in NRW eliminiert, sondern auch gleich am Geburtsort in Bayern zugunsten eines neuen Volksstamms in Bayern unter der Schirmherrschaft des heutigen Ministerpräsidenten.

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler:

Rücktritt mit sofortiger Wirkung nach Information über unglaubliche Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Nach Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen: Am Geburtsort in Bayern mit politisch motivierter Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders (2012) und am Wohnort in NRW mit Nonstop-Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Landgerichten, Sozialgerichten, an Amtsgerichten mit disfunktionaler Beschwerdeinstanz, weil das Opfer gezwungen war, ohne Rechtsanwalt zu überleben, mit sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto bis zum Limit, mit Datenschutz-Skandal des Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten, 2mal mit Freiheitsberaubung wegen Bußgeldverfahren am laufendem Bande seit 2011, wegen Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte und boykottierende Richter unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung, Schadenersatz und Wiederaufbau beklagten Bundesregierung. **Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.**

LSG-103. Anfechtung der Gerichtsbescheide

S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

mit vorstehender Berufungsbegründung.

Einspruch mit Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (Anlage LSG-25/02) gegen

S 46 P 302/24 (S 46 P 385/24) Sozialgericht Düsseldorf unter Hinweis und Einbeziehung aller Argumente der laufenden Berufungsverfahren. Weil soziale Sicherheit durch soziale Grundversicherungen nur noch als soziale Zerschlagung erkennbar ist, ist die Anfechtung der Gerichtsbescheide anzuerkennen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS1g.pdf>

Scroll down after link (page 1)

Zu LSG-101. Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen als Kostenopfer der deutschen Wiedervereinigung seit 1998,

Gründungsjahr von Google, bössartig ohne Solidarität

> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von 2x Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.

> Nachgewiesen: Ohne Chance gegen alte NSDAP-Seilschaften zwischen Altbayern und Sudetendeutsche (4.Volksstamm in Bayern unter Schirmherrschaft des heutigen Ministerpräsidenten), Generationen übergreifend, reaktiviert durch zeitgleiche Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011), mit andauerndem Einfluss auf politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des heutigen Bayerischen Ministerpräsidenten mit seiner ehemaligen Staatsministerin (Merkel/Söder/Huml)

Wendepunkt für Deutschland, sich endlich ehrlich zu machen:

Berufungskläger hat endlich und vorrangig grundgesetzlichen

Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG).

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

nachgewiesen, in besonderen Gedenken an

zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten

(1999-2004-2010) und

einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West:

Dr. Johannes Rau, verstorben am 27.Januar 2006

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,

Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)

Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der

KOMMTECH 1988, der 5.Europäischen Kongressmesse des

Berufungsklägers für technische Automation (1 Jahr vor dem

Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen

Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88) in der Messe Essen in

500 m Entfernung vom Landessozialgericht,

mit 25 ganztägigen Symposien, 25 Innovationsschwerpunkten,

thematisch geordnet in 6 Kongressen mit professionellem Wissens-

Management in 6 ISBN-nummerierten Kongressbänden mit hoher

Auflage, so aktuell wie heute (z.B. Expertensysteme, Wissens-

basierte Systeme, **Künstliche Intelligenz** in Kongress III mit den

ganztägigen Symposien/Innovationsschwerpunkten 10,11,12,13 in

1988)

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Aus traurigem Anlass in besonderem Gedenken an

Prof. Dr. Horst Köhler, verstorben am 01.Februar 2025,

Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010),

mit besonderer Beziehung zu den Petitionen von 2010 an den
Deutschen Bundestag und zeitgleich an den Bayerischen Landtag:

Erster Rücktritt eines Bundespräsidenten in Deutschland:

Rücktritt mit **sofortiger Wirkung** am 31. Mai 2010 nach Eingang der vom Berufungskläger mit Schreiben vom 25. Mai 2010 vorgetragenen Bitte um Unterstützung seiner Petition am Deutschen Bundestag, die anschließend unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin niedergeschlagen wurde:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

unter Hinweis auf ein sorgfältig ausgearbeitetes Schreiben an die amtierende **Bundeskanzlerin Angela Merkel** und weitere Entscheidungsträger gemäß Anlage in diesem Schreiben vom 22.02.2010 an

Dr. Guido Westerwelle, Vizekanzler der Bundesregierung in 2010,
Prof. Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung und

Rainer Brüderle, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziele für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Sieh auch Kapitel LSG-60 (laufendes Berufungsverfahren L 5 P 105/24 und L 5 P 110/24)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 97 und 98)

2010: Rücktritt eines Bundespräsidenten mit sofortiger Wirkung

2025: Öffentliche Warnung wegen enormen Staatsversagen durch früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgericht gemäß Anlage VB-2430 in Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Aus traurigem Anlass in besonderem Gedenken an

Dr. Bernhard Vogel, verstorben am 02. März 2025, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten,

Festredner auf der ONLINE'85

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.htm>

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Scroll down to ONLINE'85

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.

Anlässlich seiner Festrede auf der ONLINE'85 in Düsseldorf hat der heutige Berufungskläger das Jugendorchester seines Wohnortes aufspielen lassen, mit der

Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel im Mittelpunkt.

Mitgespielt im Jugendorchester des Velberter Gymnasiums hat auch der Sohn des heutigen Berufungsklägers, dessen Kinder das Familienunternehmen weiterführen sollten, wenn nicht irre Spitzenpolitiker mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgen **die digitale Innovationselite in Deutschland** eliminiert hätten,

ohne Verstand, bis heute ohne Aufarbeitung.

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Berufungsklägers: > > >



Wir trauern um

hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Prof. Dr. Horst Köhler, verstorben am 01. Februar 2025,
Bundespräsident a.D., Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31. Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25. Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, verstorben am 27. Januar 2006
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer KOMMTECH 1988, der 5. Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung
> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>
> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Dr. Bernhard Vogel, verstorben am 02. März 2025,
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985,
Festredner auf der ONLINE'85 in Düsseldorf
> > > <https://www.euro-online.de/1984.htm>
> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>
Scroll down to ONLINE'85
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.
Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der **Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel** als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.

Der Berufungskläger ist stolz auf die besondere Beziehung zu zwei hochgeschätzten Bundespräsidenten und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, die ihn motivieren und für ihn auch eine Verpflichtung sind, um auf katastrophale Fehlentwicklungen und falsche Wege hinzuweisen:

Wenn der Sozialstaat unter finanziellen Problemen leidet, dann ist soziale Zerschlagung als Folge von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen der total falsche Weg, mit einem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, in dem die soziale Sicherheit des Betroffenen keine Bedeutung mehr hat, weil mit Absicht verfassungswidrige Sozialversicherungen unter absichtlicher Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen missbraucht wurden, der total falsche Weg, um diese Probleme zu lösen.

Sozialversicherungen sind **verfassungswidrig**, wenn kein Zugang zu Versicherungsleistungen besteht, weil sie auf einem Pfändungsschutz-Konto kassiert werden, mit skrupelloser Rentenplünderung auf einem Pfändungsschutz-Konto, auf dem bis heute von weisungsgebundenen Staatsanwälten bis zum Pfändungslimit gepfändet wird **wegen sozialer Zerschlagung**: das ist ehrlich!

Der Berufungskläger, dem bis heute mit judikativem Boykott und nachgewiesenen Lügen immer wieder absichtlich Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird, der immer noch **monatliche Renten-Plünderung bis zum Limit** auch ohne Pfändungsbeschluss hinnehmen muss, der einen **Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz** unter direkter Verantwortung des Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträger ausgesetzt ist u.v.a.m..

Der Berufungskläger weist darauf hin, dass seine politisch motivierten Zerschlagungen nicht nur trotz, **sondern vielmehr wegen** seiner Weltklasseleistungen mit den Europäischen Congressmessen eine negative Wirkung auf das Ansehen von Deutschland werfen. Dementsprechend hat er die Erwartung, dass der **Vorsitzende Richter** gerade mit Unterstützung durch ehrenamtliche Richter auf die besonderen Zusammenhänge, **expressis verbis**, darauf eingeht, auf **hochqualifizierte und hochgeschätzte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, in besonderem Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten als Brückenbauer von Ost und West, aktueller denn je!**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Sieh auch Kapitel LSG-60 (laufendes Berufungsverfahren L 5 P 105/24 und L 5 P 110/24)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 92 bis 104)

Zu LSG-102. Aus aktuellem Anlass:

Tilgung hoher Kosten der deutschen Wiedervereinigung (1990):

Fortsetzung in 2025 mit Solidarität deutscher Gemeinschaft:

Solidaritätszuschlag seit 1995 auch in 2025 noch

verfassungsgemäß (Bundesverfassungsgericht 26.03.2025).

Verfassungswidrig: Tilgung hoher Kosten der deutschen

Wiedervereinigung mit über 50 Mrd € einer maximierten UMTS-

Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, der je

erzielt wurde, weil Missbrauch als Monster-Markteingriff zur

Erzwingung politisch motivierter Zerschlagung für digitale

Innovationselite in Deutschland zugunsten der deutschen

Wiedervereinigung mit maximierter UMTS-Auktion in 2000:

Solidaritätsverweigerung für digitale Innovationselite in

Deutschland, die mit der UMTS-Auktion 2000 eliminiert wurde

zugunsten der deutschen Wiedervereinigung!

Nicht nur am Wohnort in NRW eliminiert, sondern auch gleich am

Geburtsort in Bayern zugunsten eines neuen Volksstamms in

Bayern unter der Schirmherrschaft des heutigen

Ministerpräsidenten.

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler:

Rücktritt mit sofortiger Wirkung nach Information über

unglaubliche Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Nach Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen

Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München:

Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen:

Am Geburtsort in Bayern mit politisch motivierter Hetzjagd in den

wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders (2012) und

am Wohnort in NRW mit Nonstop-Gerichtsverfahren an

Verwaltungsgerichten, Landgerichten, Sozialgerichten, an

Amtsgerichten mit disfunktionaler Beschwerdeinstanz, weil das

Opfer gezwungen war, ohne Rechtsanwalt zu überleben,

mit sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen

Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

seit 2010, mit Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-

Konto bis zum Limit, mit Datenschutz-Skandal des

Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter

persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten,

2mal mit Freiheitsberaubung wegen Bußgeldverfahren am

laufendem Bande seit 2011, wegen Sabotage durch

weisungsgebundene Staatsanwälte und boykottierende Richter

unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung, Schadenersatz

und Wiederaufbau beklagten Bundesregierung.

Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“

gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.

Offensichtlich immer noch nicht deutlich genug:

Hemmungslose Eskalation von Hassverfahren an den

Amtsgerichten Mettmann und Velbert unter Fortsetzung von über 25

Jahren politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich

sozialer Zerschlagung mit

Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter

Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit

judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur künstlichen Intelligenz

Zerschlagung der Europäischen Congressmessen, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, erzwungen mit dem weltweit größten Auktionsbetrag einer staatlichen Auktion, der UMTS-Auktion 2000, mit verheerenden Folgewirkungen (Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland), zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung, einer **Aufgabe des Solidaritätszuschlag !**

Aus aktuellem Anlass:

Der Solidaritätszuschlag ist verfassungsgemäß. So hat das Bundesverfassungsgericht entschieden (26.03.2025)

Der Solidaritätszuschlag war 1995 eingeführt worden, um die Kosten der Wiedervereinigung zu finanzieren.

Die UMTS-Auktion 2000 war kein Solidaritätszuschlag!

Faktenlage: Um den Solidaritätszuschlag in Grenzen zu halten, wurde das Auktionsvolumen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 maximiert (weltweit größtes Auktionsvolumen, das mit einer Auktion je erreicht wurde, über 50 Mrd EUR), um die erforderliche Höhe des Solidaritätszuschlag in erträglichen Weise zu begrenzen, auf Kosten der digitalen Innovationselite in Deutschland.

Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (mit verheerenden Folgewirkungen eines maximierten Monster-Markteingriffs mit über 50 Mrd EUR im Jahr 2000) wurde die digitale Innovationselite in Deutschland eliminiert. Mit der digitalen Innovationselite wurden die Europäischen Congressmessen mit professionellem Wissensmanagement der digitalen Evolution, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, zerschlagen. Der Unterzeichner und seine Familie waren gezwungen, ansehnliche Altersrücklagen aufzulösen, um zu überleben. Nach Aufbrauch der Altersrücklagen wurden zeitgleiche Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag niedergeschlagen. (2010-2011): Danach ging es weiter **mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70. Lebensjahr (2011)**

Verfassungswidrige soziale Grundversicherungen wurden aufgezwungen, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010!

Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, mit ständigen Rentenplünderungen bis zum Limit.

Der Unterzeichner und seine Familie sind

> nicht nur Kostenopfer der deutschen Wiedervereinigung und Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung

> sondern darüber hinaus Opfer sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto

als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des Altbundeskanzlers und der Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) und des heutigen Bayerischen Ministerpräsidenten und seiner ehemaligen Staatssekretärin, später Staatsministerin Melanie Huml.

Der Bruder des Unterzeichners, Anerbe am Geburtsort, hat die Hetze weisungsgebundener Staatsanwälte nicht überstanden und sich die Kugel gegeben (2012 im Alter von 72 Jahren).

Deutschland hat dem Unterzeichner und seiner Familie ein Leben lang die Hölle und ihre Teufel gezeigt!

Die wahnsinnige und absichtliche Täter / Opfer – Umkehr ist nicht mehr nachvollziehbar. Der Berufungskläger hat zum wiederholtem Male Klage erhoben gegen die amtierende Bundesregierung wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG:

Kapitel 161. (laufendes Berufsverf. L 5 P 105/24, L 5 P 110/24)

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, dem Gründungsjahr von Google**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen** für digitales Innovations-Spitzenwachstum in
Deutschland und Europa bis 2001

**mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)**

Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers

**unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard
Schröder (1998-2005),**

**unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela
Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau
verhindert,**

mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene
Staatsanwälte

Totales Justiz-Versagen und enormes Staatsversagen

zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf
Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011

**Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-
Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für
digitales Innovations-Spitzenwachstum**

> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch
verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

**> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer
(2012) und Nachlassinsolvenz**

unter **persönlicher** Verantwortung des heutigen bayerischen
Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin
nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den
Bayerischen Landtag in 2010

**> Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-
rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3)** mit Rückendeckung durch das
Bundeskanzleramt

**> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger
Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen
Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit
2010 (Z4)** unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts

**> Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit
2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe
verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5)** ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010,

mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender
Pfändung von Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden
Pfändungsbeschluss für verfassungswidrige Krankenversicherung des
Sozialversicherungsträgers,

gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle
Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,

mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service
für weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im
Schlafanzug,

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor

Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> **Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt,**
dieses vertreten vom Kanzleramtsminister,
> **mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe**
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation

Die detaillierten Ausführungen zum Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>
Scroll down after link (page 361)

Leidtragende sind die Staatsbürger, die zu rechtlosen Untertanen degradiert, deformiert und manipuliert werden. Datenschutz-Skandale, Rentenplünderung-Skandale, juristische Skandale sind die Folge und von den Leidtragenden mit Recht zu bekämpfen.
Über 25 (80) Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 waren vermeidbar, wenn Grundrechte bei Rechtsanwendungen respektiert worden wären.

Staatsbürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“, „Staat sollte sich auf seine Kernaufgaben beschränken und die anständig wahrnehmen“
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts seit 2020.

Rechtsbeugung im deutschen Recht ist die vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts durch Richter, Amtsträger oder Schiedsrichter bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei, **in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier,**
> **über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**
< **mit sozialer Zerschlagung im 84. Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zu politisch motivierter Justiz mit judikativer Boykottierung und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz.**

Absolut totales Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Sozialgerichtsverfahren als Nonstop-Veranstaltungen seit 2011, seit über 14 Jahren ist zu bekämpfen. Anzunehmen ist die Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, solange keine Abhilfe verfügbar:
Sozialgerichte sind längst informiert über die Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen und sehen zu, wie der Beklagte vom Kläger in verfassungswidriger Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und deren Helfern gehetzt wird. Der Beklagte ist längst das Justizopfer wegen **absolut totalem Justizversagen ohne Respekt vor Grundrechten, Lebensleistung und Lebenserfahrung gemäß fortgeschrittenem Lebensalter.** Daher
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>
und 15.01.2025 im Allgemeinen Register des
Bundesverfassungsgericht
unter AR 7589/24 als Sammelstelle weiterer Vorgänge festgehalten:
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>
Scroll down after link (page 109)

„Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). Nie wieder ist jetzt 2025 vor und nach neuer Wahl des Deutschen Bundestags nach Ampel-Aus:
Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung und am Höhepunkt des Ukraine-Kriegs in 2025 am Grab seines Vaters seit 1945 in Kramatorsk (Ostukraine) unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler mit Männerfreundschaft zu Putin und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) ohne Reue zu politisch motivierten Zerschlagungen, nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Zu **LSG-103. Anfechtung der Gerichtsbescheide**
S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
mit vorstehender Berufungsbegründung.
Einspruch mit Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (Anlage
LSG-25/02) gegen
S 46 P 302/24 (S 46 P 385/24) Sozialgericht Düsseldorf unter
Hinweis und Einbeziehung aller Argumente der laufenden
Berufungsverfahren. Weil soziale Sicherheit durch soziale
Grundversicherungen nur noch als soziale Zerschlagung
erkennbar ist, ist die Anfechtung der Gerichtsbescheide
anzuerkennen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig,
wenn Grundrechte nicht respektiert werden.

Sieh **Anlage LSG-25/02**
mit den Anlagen VB-2430, VB-2431, VB-2432, VB-2434, VB-2435,
VB-2436, VB-2437,
Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 wegen
Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen
Rechtsanwendungen mit sofortiger Beschwerde unter einer
disfunktionalen Beschwerde-Instanz mit Behinderung von
Verzögerungsrügen auch bei
Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage
(4.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit
verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von
Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen
Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu
über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld
von enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)
mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und
23.01.2025 und
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.11.2024
und 20.02.2025
mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025
mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem
70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit
1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-
Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für
digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
in Deutschland und Europa

BVERFG-418. Aus aktuellem Anlass:
Besonderes Gedenken des Beschwerdeführers
an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten
(1999-2004-2010) und
einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer
zwischen Ost und West:
wegen einer besonderen Beziehung zu seinem Lebenswerk
zusammen mit
hochqualifizierten Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach
den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Deutschland hat dem Beschwerdeführer ein Leben lang die Hölle
und ihre Teufel gezeigt!
Wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf
dem Weg zu Künstlicher Intelligenz mit einem im Gerichtsbezirk

Wuppertal total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000. Jetzt mit Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal und mit totalem Justizversagen im Umfeld von enormen Staatsversagen in Deutschland, hier im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal und am Sozialgericht Düsseldorf ohne Respektierung von Grundrechten.

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus der ONLINE-Seminarreihe des Beschwerdeführers seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers (Beschwerdeführer), ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland und Europa auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz ist längst erwiesen, haben eine besondere Beziehung zu den verstorbenen Bundespräsidenten.

Der Beschwerdeführer hat nicht nur eine erdrückende Beweislage bei Gerichten und beim Bundesverfassungsgericht vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk längst nachgewiesen**

BVERFG-419. Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung (Z4, Z5) mit verfassungswidrigem Übermaß im 84.Lebensjahr (Z5).

> > > Enormes Staatsversagen und totales Justizversagen

> > > Anlage VB-2430

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Totales Justizversagen mit willfährigen Richtern und weisungsgebundenen Staatsanwälten: über 25 Jahre die Hölle und ihre Teufel gezeigt,

Getäuscht, belogen, betrogen, Rehabilitierung, Schadenersatz und Wiederaufbau verweigert, sabotiert, boykottiert,

in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod gehetzt

Freiheitsberaubung nach 2 x Freiheitsberaubung zum 3.Mal angedroht mit JVA-Service für weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit sozialen Zerschlagungen fortgesetzt

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen seit dem 70.Lebensjahr (2010),

mit Rentenplünderung-Skandal, mit Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz

nach Aufbrauch erheblicher Altersrücklagen und nach kapitalen Vermögensschäden, nach Niederschlagung paralleler Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)

mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa

Bombardement mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit 2011 in parallelen Verfahren an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten durch alle erforderlichen Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die wegen der politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von deutschen Spitzenpolitikern mit lebenslanger Immunitätsschutz keine Mitverantwortung an den Zerschlagungen übernehmen wollten gegen weisungsgebundene Staatsanwälte am Wohnort und am Geburtsort mit Helfern und Helfershelfern

> > > Totales Justizversagen:

Verfassungswidriger Missbrauch der Justiz mit enormen Staatsversagen nach über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 an den größten Congress-Zentren in Deutschland für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz.

Jetzt mit Rechtsmittel der Verzögerungsrüge wegen Verschleppung eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit Weltklasseleistungen, mit Weltklasseleistungen für digitale Evolution zu Weltklasseleistungen einer KI-Offensive, Anzugreifende Hoheitsakte am Ende des Kapitels BVERFG-419

Sieh **Anlage VB-2434** (Anlage LSG-25/01)

a) Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf S 46 P 385/24 vom 05.03.2025 (eingegangen am 13.03.2025) mit diversen Unterlagen des Sozialversicherungsträgers mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto mit Rentenplündereien durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch beklagte Bundesregierung.

b) Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Düsseldorf S 46 P 302/24 vom 05.03.2025 (eingegangen am 13.03.2025) mit Verurteilung des Beschwerdeführers mit der verhöhnenden Behauptung, der Beklagte berufe sich auf „hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen“ mit der Möglichkeit der Berufung am Landessozialgerichts NRW innerhalb eines Monats.

c) Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Düsseldorf S 46 P 385/24 vom 05.03.2025 (eingegangen am 13.03.2025) mit Verurteilung des Beschwerdeführers mit der verhöhnenden Behauptung, der Beklagte berufe sich auf „hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen“ mit der Möglichkeit der Berufung am Landessozialgerichts NRW innerhalb eines Monats. Das Sozialgericht sieht ein „erkennbares Interesse“ des Beklagten, der nach **über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für die digitale Evolution in Deutschland und Europa auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz**

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen einschließlich einschließlich soziale Zerschlagung ertragen muss vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung und im Umfeld von enormen Staatsversagen.

Weil soziale Sicherheit durch soziale Grundversicherungen nur noch als soziale Zerschlagung erkennbar ist, ist die Anfechtung der Gerichtsbescheide längst anzuerkennen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.

Kein Weiter so! Beweise in Hülle und Fülle vorgetragen.

Gerichte übergreifende Aushebelung von Grundrechten der Ewigkeitsklausel, ungeheuerlich in einem demokratischen Sozialstaat, daher Gerichte übergreifende Gütelösungen und Entschädigung ohne Respekt vor Grundrechten nicht vorstellbar. Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum. Daher:

Berufung gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit Opferkriminalisierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, mit Verweigerung von Rehabilitierung und angemessener Entschädigung gemäß grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG sowie Rückerstattung verfassungswidriger Kontopfändungen auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor politisch motivierter Zerschlagung.

Velbert, 07.April 2025



Albin L. Ockl

PS. So sieht hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung aus:
Gegenteil von sozialer Sicherheit.

Mit Rentenplünderung bis zum Limit auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz gegen weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung. Nur ein Teil bei Umsetzung sozialer Zerschlagung als Fortsetzung von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz. Sieh **Anlage LSG-25/03**.



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur **unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben**, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für **Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien**, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage LSG-25/01 (Anlage VB-2434 in Verfassungsbeschwerde)

Brutal verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide

a) S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 05.03.2025

(eingegangen am 13.03.2025)

b) S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 05.03.2025

(eingegangen am 13.03.2025)

Anlage LSG-25/02 mit den Anlagen VB-2430, VB-2431, VB-2432, VB-2434, VB-2435, VB-2436, VB-2437,

Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 wegen

Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen Rechtsanwendungen mit sofortiger Beschwerde unter einer disfunktionalen Beschwerde-Instanz mit Behinderung von Verzögerungsrügen auch bei

Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage (4.Klage)

gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024

Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit

verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von

Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen

Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu

über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld von

enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)

mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und 23.01.2025 und

mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.11.2024 und

20.02.2025

mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025

mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem

70.Lebensjahr

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998

(Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und

nachhaltiges Wissensmanagement für

digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz

in Deutschland und Europa

Im Beschwerdeverfahren:

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Kläger seit 2011 nach Petitionen an

den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den

Bayerischen Landtag in München (2010), Beschwerdeführer,

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter

persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und

Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) einschließlich sozialer

Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß

Verfassungsbeschwerde

gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den

Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere

Aufgaben, 11044 Berlin

gegen Debeka Krankenversicherungsverein mit Unterstützung durch

weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des

beklagten Bundeskanzleramtes

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 210)

Anlage VB-2430

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025)

des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage LSG-25/03: So sieht hemmungslose Eskalation sozialer Zerschlagung aus: Gegenteil von sozialer Sicherheit

Anlage LSG-41

Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 zur Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941

mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416 und BVERFG-417

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 109)

Anlage LSG-42: Beantwortung vom 30.01.2025 zu

Anlage SG-01/25

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 20.01.2025 (eingegangen am 23.01.2025) mit Ankündigung eines neuen Urteils zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto **mit andauernder Rentenplünderung bis zum Limit** ohne Vorlage eines Pfändungsbeschlusses, mit Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter namentlicher Beteiligung des Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, mit grenzenloser Opferkriminalisierung vor dem Hintergrund von **politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941**

Anlagen im Schriftsatz vom 16.12.2024

Anlage LSG-40

Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 zur Klage gemäß Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-412, BVERFG-413 und BVERFG-414

inkl. Vorlage der Schreiben des Landessozialgerichts (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024) als

Anlage VB-2424 mit aktualisierter, veränderter Stellungnahme

Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und werden > deswegen dem Berichterstatter mit ehrenamtlichen Richtern zur Entscheidung übertragen, um endlich eine zukunftsfähige Perspektive für den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen. Übertragung an das Bundesverfassungsgericht hat dieselbe Zielsetzung. Daher Übertragung an das Bundesverfassungsgericht. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu **verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).

Anlage LSG-39

Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 /1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln AGV-01 und AGV-02

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den **Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin**

>>> AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5) Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

>>> AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)

75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.

> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für

das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Alle LSG-nummerierten Anlagen dieser Klage wurden bereits übergeben,

Die Anlagen VE-01 und LSG-02 stimmen überein.

Anlage VE-02 (vergleichbar mit der Ihnen vorliegenden Leihgabe LSG-30 aus dem Congressmesse-Archiv): Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)

Anlage VE-03: Siehe

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:

> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

Anlage LSG-33

Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024

(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

Anlage LSG-34

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023**

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.

(Anlage LSG-34

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage LSG-35

> **Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024**

gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte

Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu

verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

(Anlage LSG-35)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024
**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .**
Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender
Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über
12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal
zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter
von 80 Jahren) auf
Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen
unter Verantwortung der Ampel-Regierung
(Anlage LSG-36)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>
Scroll down after link (page 001/088/156/hier 228/334)

Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der
persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als
Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als
Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.
an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am
Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser
respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener
Weise gemäß dem Grundgesetz.

Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika
Piel in 2011-2012
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
(Anlage LSG-38)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Anlage LSG-31

Benachrichtigung des **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 05)

Anlage LSG-32 mit Anlage VB-2412 (1 BvR 1943/24)
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>
Scroll down after link (page 001/088/156)

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.

Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal

Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Anlage VB-2412

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Gemäß Anlage

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer **Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen** (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

Anlage VB-2413: Letzte Rentenplünderung vom 10.08.2024

Anlagen im Schriftsatz vom 2.Juli .2024

Anlage LSG-30 Seite 2

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

Anlage LSG-29 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

Anlage LSG-28 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „**Reichsbürgerschwachsinn**“ einzugehen“. Ohne Begründung!

Anlage LSG-27 (Schriftsatz vom 11.Juli 2024 an Sozialgericht Düsseldorf)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24:

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024

(Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

Beiliegend: 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:

L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe

LSG-51. > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland
> Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“

mit Wissen aller Staatsorgane

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer

unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen aller Intendanten

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >

Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

> Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
 dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
 > das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitation und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,
 > das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
 > das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
 Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
 Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .
LSG-52. > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum
 Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht
 > > > **Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998**
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit
„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“
 durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)
Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999
 > > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf
 > > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99
Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:
 Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr
 Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn
 Ohne Rehabilitation und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal** durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

ausschließlich verursacht durch

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum

Datenschutz: Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >

Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

Soziale Zerschlagung ist Teil der

politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,

erzwungen unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten,
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage
von Verfahren für Rehabilitation und Schadenersatz
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
mit

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.

Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und
andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach
Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht
möglich ist.

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 20.Juli 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

Anlage LSG-29 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024
(eingegangen am 20.07.2024)

Anlage LSG-28 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des
Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

LSG-54. Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen
am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige
Mahnverfahren),
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-
Gerichtsbescheide.
Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P
105/24) wegen einheitlicher Begründung,
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.
Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an
Beweismittel und Zeugen.
> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung
unterdrückt wird.
LSG-55. > > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz:
Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im
SCHUFA-Netz
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf
Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management
Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK),
Datenschutz ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**
der Vereinten Nationen, Artikel 12.
Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich
zu Täterdaten transformiert,
> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit hohem
Schutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),
> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf
> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,
> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird
> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte.
Siehe Anlage LSG-30 Seite 2

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Schriftsatz vom 03.Sept. 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit wiederholter Anmahnung auf Respektierung der Wahrheit und der Grundrechte gegen hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung (Faktenlage) und Stellungnahme zu

Anlage LSG-31

Benachrichtigung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 05)

Anlage LSG-32 mit Anlage VB-2412

Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024

(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.

LSG-56. Faktenlage:

Soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),

um Rehabilitierung und Schadenersatz zu unterdrücken:

Gerichte übergreifende Nonstop-Gerichtsverfahren, alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren),

am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren), am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und

am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren)

alle erzwungen mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

Faktenlage:

Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang Versicherungsleistungen seit 2010 zu sozialer Zerschlagung im

**83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß
ohne eine Chance für Rehabilitierung und Schadenersatz
trotz 75 Jahre Deutsches Grundgesetz !!!**

Verfassungswidrige Mahnbescheide erzwungen, weil
soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
(alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen): Anlass für neues
Gerichtsverfahren am Sozialgericht (Anlage VB-2412 b)

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal erzwungen, daher
Antragswiederholung auf Zeugenvernehmung wegen

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020

(Anlage LSG-31, Kapitel LSG-55 mit Anlage LSG-30))

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten
und von weisungsgebundenen Staatsanwälten (beide verantwortlich für
verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz) zugemüllt

Daher > > > Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser
Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit
verfassungswidrigem Übermaß.**

**Anlage LSG-32 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 mit Anlage VB-
2412 a und b)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 18)

**Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu untauglicher Fortsetzung
eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen**

> > > **Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit
2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen**

**Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen
seit 1998 Faktenlage)**

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024
(eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter
Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem
Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz
und Güteverhandlung wegen

politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich
sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen
für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in
dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert
werden.

Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch
internationales Menschenrecht.

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für
grundgesetzlichen nach Art.34 GG**, weil das Zerschlagungsopfer im
83.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, simultan, Gerichte und Instanzen
übergreifend, Tag und Nacht, pausenlos, ohne Unterbrechung an
Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für
die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des
grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und
Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu
beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag.**

**LSG-57. Faktenlage: 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im
83.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß und mit einem
Datenschutz-Skandal.

Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 33)

Schriftsatz vom 18.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis
einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024
gegen Bundesrepublik Deutschland am Amtsgericht Velbert
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf
Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß
grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

LSG-58. Faktenlage (Fortsetzung):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und
über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit
mehrfacher Freiheitsberaubung,
mit verfassungswidrigem Übermaß mit Rentenplünderung-Skandal und mit
Datenschutz-Skandal.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 49)

Schriftsatz vom 16.Dez.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis
einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf
Rehabilitierung und Schadenersatz mit neuer
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen
Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und angemessene
Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und
Mehr-Richter-Verfahren

LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung):

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google:

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales
Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von
politisch motivierten Zerschlagungen! **Auch in Zukunft. Daher Vorrang
für Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz**
wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in
Bayern, und

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im
84.Lebensjahr, mit mehrfacher Freiheitsberaubung,
mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung,
Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Schriftsatz vom 14.Feb.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf Rehabilitation und Schadenersatz mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitation, Schadenersatz und angemessene Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung vom 4.2.2025 bis BVERFG-417.):

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google:

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! **Auch in Zukunft. Daher Vorrang für Rehabilitation und angemessenen Schadenersatz wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und**

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im

84.Lebensjahr,

mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte

Gegen Opferkriminalisierung-Wahnsinn und Schadenersatz-Sabotage-Wahnsinn durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt (Anlage LSG-42, LSG-41)

LSG-60. In Gedenken an Bundespräsident a.D. Horst Köhler

Berufungskläger in Trauer zu

9.Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Horst Köhler, verstorben am 01.Feb.2025.

Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 90)

Schriftsatz vom 07.März.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

Kein Weiter so in Gedenken an zwei hochgeschätzte Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten anlässlich der Übertragung der Berufung in den Beschlüssen der beiden Berufungsverfahren L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24 und Stellungnahme zu den Beschlüssen vom 20.02.2025

LSG-61. Zielführend: Ganzheitliche Problemlösung ohne

Inanspruchnahme des Bundessozialgericht

> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“

gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer
Zerschlagung im 84. Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von
2x Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit
Datenschutz-Skandal u.a.m.

Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:
Berufungskläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung
und Schadenersatz (Art. 34 GG).

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen,
in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte
Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und
einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen
Ost und West**

**Kapitel 161. Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, dem Gründungsjahr von Google**
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis
2001

**mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)**

Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60. Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard
Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel
(2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

Totales Justiz-Versagen und enormes Staatsversagen
zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf
Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011

**Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-
Spitzenwachstum**

> **Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1)** mit Erzwingung durch
verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> **Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2)** mit Todesopfer (2012) und
Nachlassinsolvenz

unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen
Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach
zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den
Bayerischen Landtag in 2010

> **Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen
Rundfunks seit 1998 (Z3)** mit Rückendeckung durch das
Bundeskanzleramt

> **Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger
Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen
Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4)**
unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts

> **Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011
unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe
verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5)** ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010,

mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von
Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden Pfändungsbeschluss für
verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle
Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,

mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service für
weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor
Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,

mit **Psycho-Terror** durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit **Schadenersatz-Sabotage** durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten
Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten vom Kanzleramtsminister,
> mit **Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch**
Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch
Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>
Scroll down after link (page 361)
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 123)

Per Fax an 0201-7992-7302

**Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Berufungsgericht zu Mehrfach-
Gerichtsbescheid
S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Zweigertstraße 54
45130 Essen**

Velbert, 14.Mai 2025

Berufung wegen Anfechtung von
brutal verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden
S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe.

Einspruch mit Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 gegen
S 46 P 302/24 (S 46 P 385/24) Sozialgericht Düsseldorf unter Hinweis
und Einbeziehung aller Argumente der laufenden Berufungsverfahren
L 5 P 105/24 und L 5 P 110/24 am Landessozialgericht NRW,
nach Niederschlagung von zeitgleichen Petitionen an den
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag (2010- 2011)
mit detaillierten Stellungnahmen und ständigen
Verfassungsbeschwerden seit 2010
in Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren des
Klägers seit 2011 mit Abwehr von weisungsgebundenen
Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten
Bundesrepublik Deutschland und des beklagten Freistaats Bayern
im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal und des Sozialgerichts
Düsseldorf, in Klagen gegen die Bundesrepublik Deutschland und
gegen den Freistaat Bayern an Verwaltungsgerichten in Regensburg,
Düsseldorf und Berlin
Opfer lebenslanger Familienzerschlagung unter Hitler und Stalin,
seit Geburt (1941): Vater begraben in Kramatorsk / Ost-Ukraine
(1945), Bruder bis in den Tod gehetzt (2012).
Opfer für Kosten der deutschen Wiedervereinigung (1989/1990)
ohne Solidarität deutscher Gemeinschaft
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, erzwungen
mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit Maximierung des
Auktionsvolumens für Kostentilgung der deutschen
Wiedervereinigung, nach Niederschlagung der o.g. Petitionen mit
Fortsetzung durch soziale Zerschlagung mit Unterdrückung von
Schadenersatz

Rechtsstreit hier:

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger (Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter vertreten von Prozessbevollmächtigten mit Datenschutz-Skandal und „Hass im SCHUFA-Netz“ (**RAe Giebel und Kollegen**, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),

unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**, mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer,

mit judikativem Service für die Richter,

unter Weisungsdruck durch das **wegen politisch motivierter Zerschlagungen beklagte Bundeskanzleramt der amtierenden Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland**

gegen Albin L. Ockl, Beklagter und Berufungskläger seit 2011 mit Petitionen an den

Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und

Bayerischen Landtag in München (2010), mit

Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten

Prof. Dr. Horst Köhler mit sofortiger Wirkung nach Eingang der Bitte des Beklagten um Unterstützung in den Petitionen in 2010

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter

persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

Daher: Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Wiederaufbau des zerschlagenen Familienunternehmens nach Art.34 GG

Detaillierte Ausführungen zu diesem Schriftsatz zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS1g.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:

> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz gegen staatliche Übergriffe** gegen Rentner im 84.Lebensjahr,

mit verfassungswidrigem Übermaß,

mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im

SCHUFA-Netz“ durch Prozessbevollmächtigten des Klägers,

mit Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto für

verfassungswidrige Sozialversicherungen mit Pfändungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor

staatsanwaltlichen Übergriffen,

2mal mit Freiheitsberaubung und anschließendem „JVA-Service“ für weisungsgebundene Staatsanwälte gegen das Opfer

wegen politisch motivierten Zerschlagungen nach einem

herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz in Deutschland und Europa,

mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des

grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung und jetzt mit **Klage wegen lebenslanger**

Familienzerschlagung seit 1941

trotz Verfassungsbeschwerden seit 2010 mit einem Grundgesetz, mit dem Zustände wie unter Hitler zu verhindern sind.

Grundrechte sind Ewigkeitsrechte !

LSG-104. Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
wegen Versagung von rechtlichem Gehör
nach über 25 Jahren Hölle mit politisch motivierten
Zerschlagungen
nach über 75 Jahren Deutsches Grundgesetz
nach über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
unter Hitler und Stalin (erlebt!)
mit verfassungswidrigem Übermaß
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und mit wiederholter
Androhung von Freiheitsberaubung, mit Rentenplünderung-
Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m
**Enormes Staatsversagen: Solidaritäts-widrige Kostentilgung der
deutschen Einheit mit skrupelloser Zerschlagung der Existenz-
Grundlage ohne Abhilfe seit UMTS-Auktion2000**
Übergabe/Übernahme vom 5.Senat: Beweismaterial zu
**Weltklasse-Höchstleistungen des Berufungsklägers mit den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für
digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz
in den größten deutschen Congress-Centren**
Soziale Zerschlagung mit Berufungsbeklagten und
Prozessbevollmächtigten, beide verantwortlich für Datenschutz-
Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Mobbing bei
Sachstandabfragen, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn, mit
Opfer-Transformation zum Täter und Schuldigen und mit
Rentenplünderung bis zum Limit eines Pfändungsschutz-Konto,
Pfändungsschutz-Konto ausschließlich zum Schutz vor
staatlicher Rentenplünderung

Der Berufungskläger hat das Berufungsverfahren mit folgenden
Kapiteln (LSG-101, LSG-102, LSG-103) in Schriftsatz vom 8.4.2025
begründet:

**LSG-101. Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre
„Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre
Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?**
> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen als
Kostenopfer der deutschen Wiedervereinigung seit 1998,
Gründungsjahr von Google, böseartig ohne Solidarität
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer
Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem
Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal
und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
> Nachgewiesen: Ohne Chance gegen alte NSDAP-Seilschaften
zwischen Altbayern und Sudetendeutschen (4.Volksstamm in
Bayern unter Schirmherrschaft des heutigen
Ministerpräsidenten), Generationen übergreifend, reaktiviert
durch zeitgleiche Petitionen am Deutschen Bundestag und am
Bayerischen Landtag (2010-2011), mit andauerndem Einfluss auf
politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher
Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des heutigen
Bayerischen Ministerpräsidenten mit seiner ehemaligen
Staatsministerin (Merkel/Söder/Huml)
Wendepunkt für Deutschland eingefordert, sich endlich ehrlich zu
machen:

Berufungskläger hat endlich und vorrangig grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG). Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen nachgewiesen, in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West**

LSG-102. Aus aktuellem Anlass:

Tilgung hoher Kosten der deutschen Wiedervereinigung (1990):

Fortsetzung in 2025 mit Solidarität deutscher Gemeinschaft:

Solidaritätszuschlag seit 1995 auch in 2025 noch verfassungsgemäß (Bundesverfassungsgericht 26.03.2025).

Verfassungswidrig: Tilgung hoher Kosten der deutschen Wiedervereinigung mit über 50 Mrd € einer maximierten UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag, der je erzielt wurde, weil Missbrauch als Monster-Markteingriff zur Erzwingung politisch motivierter Zerschlagung für digitale Innovationselite in Deutschland zugunsten der deutschen Wiedervereinigung mit maximierter UMTS-Auktion in 2000: Solidaritätsverweigerung für digitale Innovationselite in Deutschland, die mit der UMTS-Auktion 2000 eliminiert wurde zugunsten der deutschen Wiedervereinigung! Nicht nur am Wohnort in NRW eliminiert, sondern auch gleich am Geburtsort in Bayern zugunsten eines neuen Volksstamms in Bayern unter der Schirmherrschaft des heutigen Ministerpräsidenten.

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler:

Rücktritt mit sofortiger Wirkung nach Information über unglaubliche Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Nach Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen: Am Geburtsort in Bayern mit politisch motivierter Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders (2012) und am Wohnort in NRW mit wirtschaftlicher Zerschlagung und mit Nonstop-Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Landgerichten, Sozialgerichten, an Amtsgerichten mit disfunktionaler Beschwerdeinstanz, weil das Opfer gezwungen war, ohne Rechtsanwalt zu überleben, mit sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto bis zum Limit, mit Datenschutz-Skandal des Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten, 2mal mit Freiheitsberaubung wegen Bußgeldverfahren am laufendem Bande seit 2011, wegen Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte und boykottierende Richter unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung, Schadenersatz und Wiederaufbau beklagten Bundesregierung.

Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.

LSG-103. Anfechtung der Gerichtsbescheide
S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
mit vorstehender Berufungsbegründung.
Einspruch mit Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (Anlage
LSG-25/02) gegen
S 46 P 302/24 (S 46 P 385/24) Sozialgericht Düsseldorf unter
Hinweis und Einbeziehung aller Argumente der laufenden
Berufungsverfahren. Weil soziale Sicherheit durch soziale
Grundversicherungen nur noch als soziale Zerschlagung
erkennbar ist, ist die Anfechtung der Gerichtsbescheide
anzuerkennen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig,
wenn Grundrechte nicht respektiert werden.

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten
Internet-Doku nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS1g.pdf>

Scroll down after link (page 1)

Der Berufungskläger muss bis dato **judikativen Boykott in Nonstop-**
Gerichtsverfahren seit Niederschlagung der Petitionen am
Deutschen Bundestag in Berlin und am Bayerischen Landtag in
München (2010) hinnehmen, weil Spitzenpolitiker mit
Immunitätsschutz für die politisch motivierten Zerschlagungen
persönlich verantwortlich sind,
persönlich verantwortlich sind für
[Solidaritäts-widrige Kostentilgung der deutschen Einheit mit](#)
[skrupelloser Zerschlagung der Existenz-Grundlage ohne Abhilfe](#)
[seit UMTS-Auktion2000,](#)
er muss den Tod seines Bruders hinnehmen, der die Treib- und
Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter
Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nicht überstanden hat,
Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“
gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre Menschenrechte
mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

Daher

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO,
um ohne weitere Verzögerungen endlich Rehabilitierung und
Schadenersatz zu erreichen.

Beantragt wird die Zurückweisung jeglicher Kosten gemäß
Anlage LSG-25/04 für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen:
wegen Anfechtung von
verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden
S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 46 P 386/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
Zurückweisung jeglicher Kostenansprüche des
Berufungsbeklagten und seines Prozessbevollmächtigten mit
Datenschutz-Skandal und „Hass im SCHUFA-Netz“
Mitteilungen des Sozialgerichts (Frau Ujes)
vom 15.04.2025 / 05.05.2025 mit
Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 14.04.2025 und
29.04.2025 als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom
14.04.2025

Beantragt wird die unverzügliche Abstellung von
„Hass im SCHUFA-Netz“ durch Berufungsbeklagten und seines
Prozessbevollmächtigten sowie eine

**Entschuldigung des Berufungsbeklagten für das Mobbing des
Prozessbevollmächtigten mit der Bezeichnung
„Reichsbürgerschwachsinn“**

Sieh Anlagen

Anlage LSG-25/04 für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen:

wegen Anfechtung von
verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden

S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 46 P 386/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

**> > > Zurückweisung jeglicher Kostenansprüche des
Berufungsbeklagten und seines Prozessbevollmächtigten mit
Datenschutz-Skandal, „Hass im SCHUFA-Netz“ und Mobbing als
Antwort auf Sachstandabfrage**

Mitteilungen des Sozialgerichts (Frau Ujes)

vom 15.04.2025 / 05.05.2025 mit

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 14.04.2025 und
29.04.2025 als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom
14.04.2025

Anlage LSG-25/05

Schriftsatz an den 5.Senat des Landessozialgericht Nordrhein-
Westfalen vom 20.Juli 2024 mit **Anlage LSG-30 Seite 2 und Kapitel
LSG-54**

Übergabe gemäß **Anlage LSG-30** durch 5.Senat des LSG

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach
Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen
Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)
mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, zuständig für
SCHUFA-Widerrufverfahren, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET
E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit

> > > Antrag auf Zeugenaussage wegen Datenschutz-Skandal mit
Prozessbevollmächtigten des Berufungsbeklagten
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Kapitel LSG-54

LSG-54. Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

**Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle
wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen**

am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige

Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann

(verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren), am

Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren),

am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige

Pflegeversicherung) und

**am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige
Mehrfach-Gerichtsbescheide.**

Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung

hat sich nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,

verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines

Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf

zusammenzufassen zu einem Berufungsverfahren mit 2

Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24) wegen einheitlicher

Begründung,
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.

Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung:
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an Beweismittel und Zeugen.
> > > **Definitiv:** Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung unterdrückt wird.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 01)

Anlage LSG-25/06

Nachweis des Mobbing durch Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers anstatt Begründung eines Antrags

LSG-105. Unglaublich, aber wahr:

> Berufungskläger: Seine Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz haben dazu geführt, dass ausländisches und inländisches Kapital den Innovationsbereich der Digital-Branche gestürmt hat:

Glücksfall für die Kostentilgung der deutschen Einheit,

Enormes Staatsversagen mit Solidaritätsverweigerung

für Opfer eines monströsen Markteingriffs:

Staatliche UMTS-Auktion 2000

Versteigerung der Mobilfunk-Frequenzen mit einem maximierten

Auktionsbetrag: Über 50 Mrd. EUR in 2000, weltweit größter

Auktionsbetrag, der je erreicht wurde, mit katastrophalen Folgen für die Innovationselite der Digitalbranche

Berufungskläger: Kostenopfer der deutschen Einheit,

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz.

Seitdem: Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Judikativer Boykott, staatsanwaltliche Sabotage und Verfolgung mit verfassungswidrigem Übermaß, Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen seit 2010

Hemmungslose Eskalation:

Richter verweigern Respektierung der Grundrechte

Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig

Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch nicht im Sozialstaat

Datenschutz kontra Opferkriminalisierungswahnsinn: Opfer werden zu Tätern und Schuldern deformiert

Datenschutz-Skandal des Prozessbevollmächtigten /

Berufungsbeklagter mit „Hass“ im SCHUFA-Netz

Antrag bis heute verweigert: Zeugenaussage von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, zuständig für SCHUFA-Widerrufverfahren,

Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit

> > > Antrag auf Zeugenaussage wegen Datenschutz-Skandal mit Prozessbevollmächtigten des Berufungsbeklagten

mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz des Berufungsklägers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Eskalation von judikativem Boykott zu Richter-Lügen wegen

Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz,

Rentenplünderung-Skandal von weisungsgebundenen

Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten

Bundesregierung mit Rentenplünderung bis zum Limit einschließlich Versicherungsleistungen,

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Berufungsklägers:

> > >



Wir trauern um

hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Prof. Dr. Horst Köhler, verstorben am 01. Februar 2025,
Bundespräsident a.D., Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31. Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25. Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, verstorben am 27. Januar 2006
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer KOMMTECH 1988, der 5. Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung
> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>
> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Dr. Bernhard Vogel, verstorben am 02. März 2025,
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985,
Festredner auf der ONLINE'85 in Düsseldorf
> > > <https://www.euro-online.de/1984.htm>
> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>
Scroll down to ONLINE'85
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.
Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der **Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel** als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.

Der Berufungskläger ist stolz auf die besondere Beziehung zu zwei hochgeschätzten Bundespräsidenten und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, die ihn motivieren und für ihn auch eine Verpflichtung sind, um auf katastrophale Fehlentwicklungen und falsche Wege hinzuweisen:

Wenn der Sozialstaat unter finanziellen Problemen leidet, dann ist soziale Zerschlagung als Folge von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen der total falsche Weg, mit einem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, in dem die soziale Sicherheit des Betroffenen keine Bedeutung mehr hat, weil mit Absicht verfassungswidrige Sozialversicherungen unter absichtlicher Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen missbraucht wurden, der total falsche Weg, um diese Probleme zu lösen.

Sozialversicherungen sind **verfassungswidrig**, wenn kein Zugang zu Versicherungsleistungen besteht, weil sie auf einem Pfändungsschutz-Konto kassiert werden, mit skrupelloser Rentenplünderung auf einem Pfändungsschutz-Konto, auf dem bis heute von weisungsgebundenen Staatsanwälten bis zum Pfändungslimit gepfändet wird **wegen sozialer Zerschlagung**: das ist ehrlich!

Der Berufungskläger, dem bis heute mit judikativem Boykott und nachgewiesenen Lügen immer wieder absichtlich Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird, der immer noch **monatliche Renten-Plünderung bis zum Limit** auch ohne Pfändungsbeschluss hinnehmen muss, der einen **Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz** unter direkter Verantwortung des Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträger ausgesetzt ist u.v.a.m..

Der Berufungskläger weist darauf hin, dass seine politisch motivierten Zerschlagungen nicht nur trotz, **sondern vielmehr wegen** seiner Weltklasseleistungen mit den Europäischen Congressmessen eine negative Wirkung auf das Ansehen von Deutschland werfen. Dementsprechend hat er die Erwartung, dass der **Vorsitzende Richter** gerade mit Unterstützung durch ehrenamtliche Richter auf die besonderen Zusammenhänge, **expressis verbis**, darauf eingeht, auf **hochqualifizierte und hochgeschätzte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, in besonderem Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten als Brückenbauer von Ost und West, aktueller denn je!**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Sieh auch Kapitel LSG-60 (laufendes Berufungsverfahren L 5 P 105/24 und L 5 P 110/24)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 92 bis 104)

Zu LSG-102. Aus aktuellem Anlass:

Tilgung hoher Kosten der deutschen Wiedervereinigung (1990):

Fortsetzung in 2025 mit Solidarität deutscher Gemeinschaft:

Solidaritätszuschlag seit 1995 auch in 2025 noch

verfassungsgemäß (Bundesverfassungsgericht 26.03.2025).

Verfassungswidrig: Tilgung hoher Kosten der deutschen

Wiedervereinigung mit über 50 Mrd € einer maximierten UMTS-

Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, der je

erzielt wurde, weil Missbrauch als Monster-Markteingriff zur

Erzwingung politisch motivierter Zerschlagung für digitale

Innovationselite in Deutschland zugunsten der deutschen

Wiedervereinigung mit maximierter UMTS-Auktion in 2000:

Solidaritätsverweigerung für digitale Innovationselite in

Deutschland, die mit der UMTS-Auktion 2000 eliminiert wurde

zugunsten der deutschen Wiedervereinigung!

Nicht nur am Wohnort in NRW eliminiert, sondern auch gleich am

Geburtsort in Bayern zugunsten eines neuen Volksstamms in

Bayern unter der Schirmherrschaft des heutigen

Ministerpräsidenten.

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler:

Rücktritt mit sofortiger Wirkung nach Information über

unglaubliche Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Nach Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen

Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München:

Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen:

Am Geburtsort in Bayern mit politisch motivierter Hetzjagd in den

wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders (2012) und

am Wohnort in NRW mit Nonstop-Gerichtsverfahren an

Verwaltungsgerichten, Landgerichten, Sozialgerichten, an

Amtsgerichten mit disfunktionaler Beschwerdeinstanz, weil das

Opfer gezwungen war, ohne Rechtsanwalt zu überleben,

mit sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen

Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

seit 2010, mit Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-

Konto bis zum Limit, mit Datenschutz-Skandal des

Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter

persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten,

2mal mit Freiheitsberaubung wegen Bußgeldverfahren am

laufendem Bande seit 2011, wegen Sabotage durch

weisungsgebundene Staatsanwälte und boykottierende Richter

unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung, Schadenersatz

und Wiederaufbau beklagten Bundesregierung.

Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“

gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.

Offensichtlich immer noch nicht deutlich genug:

Hemmungslose Eskalation von Hassverfahren an den

Amtsgerichten Mettmann und Velbert unter Fortsetzung von über 25

Jahren politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich

sozialer Zerschlagung mit

Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter

Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit

judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

wegen Zerschlagung eines **herausragenden Lebenswerkes** mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur künstlichen Intelligenz

Zerschlagung der Europäischen Congressmessen, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, erzwungen mit dem weltweit größten Auktionsbetrag einer staatlichen Auktion, der UMTS-Auktion 2000, mit verheerenden Folgewirkungen (Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland), zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung, einer **Aufgabe des Solidaritätszuschlag !**

Aus aktuellem Anlass:

Der Solidaritätszuschlag ist verfassungsgemäß. So hat das Bundesverfassungsgericht entschieden (26.03.2025)

Der Solidaritätszuschlag war 1995 eingeführt worden, um die Kosten der Wiedervereinigung zu finanzieren.

Die UMTS-Auktion 2000 war kein Solidaritätszuschlag!

Faktenlage: Um den Solidaritätszuschlag in Grenzen zu halten, wurde das Auktionsvolumen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 maximiert (weltweit größtes Auktionsvolumen, das mit einer Auktion je erreicht wurde, über 50 Mrd EUR), um die erforderliche Höhe des Solidaritätszuschlag in erträglichen Weise zu begrenzen, auf Kosten der digitalen Innovationselite in Deutschland.

Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (mit verheerenden Folgewirkungen eines maximierten Monster-Markteingriffs mit über 50 Mrd EUR im Jahr 2000) wurde die digitale Innovationselite in Deutschland eliminiert. Mit der digitalen Innovationselite wurden die Europäischen Congressmessen mit professionellem Wissensmanagement der digitalen Evolution, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, zerschlagen. Der Unterzeichner und seine Familie waren gezwungen, ansehnliche Altersrücklagen aufzulösen, um zu überleben. Nach Aufbrauch der Altersrücklagen wurden zeitgleiche Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag niedergeschlagen. (2010-2011): Danach ging es weiter **mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70. Lebensjahr (2011)**

Verfassungswidrige soziale Grundversicherungen wurden aufgezwungen, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010!

Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, mit ständigen Rentenplünderungen bis zum Limit.

Der Unterzeichner und seine Familie sind

> nicht nur Kostenopfer der deutschen Wiedervereinigung und Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung

> sondern darüber hinaus Opfer sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto

als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des Altbundeskanzlers und der Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) und des heutigen Bayerischen Ministerpräsidenten und seiner ehemaligen Staatssekretärin, später Staatsministerin Melanie Huml.

Der Bruder des Unterzeichners, Anerbe am Geburtsort, hat die Hetze weisungsgebundener Staatsanwälte nicht überstanden und sich die Kugel gegeben (2012 im Alter von 72 Jahren).

Deutschland hat dem Unterzeichner und seiner Familie ein Leben lang die Hölle und ihre Teufel gezeigt!

Die wahnsinnige und absichtliche Täter / Opfer – Umkehr ist nicht mehr nachvollziehbar. Der Berufungskläger hat zum wiederholtem Male Klage erhoben gegen die amtierende Bundesregierung wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG:

Kapitel 161. (laufendes Berufsverf. L 5 P 105/24, L 5 P 110/24)

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, dem Gründungsjahr von Google**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen** für digitales Innovations-Spitzenwachstum in
Deutschland und Europa bis 2001

**mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)**

Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers

**unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard
Schröder (1998-2005),**

**unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela
Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau
verhindert,**

mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene
Staatsanwälte

Totales Justiz-Versagen und enormes Staatsversagen

zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf
Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011

**Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-
Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für
digitales Innovations-Spitzenwachstum**

> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch
verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

**> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer
(2012) und Nachlassinsolvenz**

unter **persönlicher** Verantwortung des heutigen bayerischen
Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin
nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den
Bayerischen Landtag in 2010

**> Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-
rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3)** mit Rückendeckung durch das
Bundeskanzleramt

**> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger
Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen
Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit
2010 (Z4)** unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts

**> Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit
2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe
verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5)** ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010,

mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung
von Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden

Pfändungsbeschluss für verfassungswidrige Krankenversicherung des
Sozialversicherungsträgers,

gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle
Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,

mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service
für weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im
Schlafanzug,

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor

Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> **Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt,**
dieses vertreten vom Kanzleramtsminister,
> **mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe**
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation

Die detaillierten Ausführungen zum Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>
Scroll down after link (page 361)

Leidtragende sind die Staatsbürger, die zu rechtlosen Untertanen degradiert, deformiert und manipuliert werden. Datenschutz-Skandale, Rentenplünderung-Skandale, juristische Skandale sind die Folge und von den Leidtragenden mit Recht zu bekämpfen.
Über 25 (80) Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 waren vermeidbar, wenn Grundrechte bei Rechtsanwendungen respektiert worden wären.

Staatsbürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“, „Staat sollte sich auf seine Kernaufgaben beschränken und die anständig wahrnehmen“
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts seit 2020.

Rechtsbeugung im deutschen Recht ist die vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts durch Richter, Amtsträger oder Schiedsrichter bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei, **in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier,**
> **über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**
< **mit sozialer Zerschlagung im 84. Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zu politisch motivierter Justiz mit judikativer Boykottierung und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz.**

Absolut totales Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Sozialgerichtsverfahren als Nonstop-Veranstaltungen seit 2011, seit über 14 Jahren ist zu bekämpfen. Anzunehmen ist die Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, solange keine Abhilfe verfügbar:
Sozialgerichte sind längst informiert über die Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen und sehen zu, wie der Beklagte vom Kläger in verfassungswidriger Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und deren Helfern gehetzt wird. Der Beklagte ist längst das Justizopfer wegen **absolut totem Justizversagen ohne Respekt vor Grundrechten, Lebensleistung und Lebenserfahrung gemäß fortgeschrittenem Lebensalter.** Daher
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>
und 15.01.2025 im Allgemeinem Register des Bundesverfassungsgericht
unter AR 7589/24 als Sammelstelle weiterer Vorgänge festgehalten:
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>
Scroll down after link (page 109)

„Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). Nie wieder ist jetzt 2025 vor und nach neuer Wahl des Deutschen Bundestags nach Ampel-Aus:
Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung und am Höhepunkt des Ukraine-Kriegs in 2025 am Grab seines Vaters seit 1945 in Kramatorsk (Ostukraine) unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler mit Männerfreundschaft zu Putin und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) ohne Reue zu politisch motivierten Zerschlagungen, nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anfechtung der Gerichtsbescheide
S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
mit vorstehender Berufungsbegründung.
Einspruch mit Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (Anlage LSG-25/02) gegen
S 46 P 302/24 (S 46 P 385/24) Sozialgericht Düsseldorf unter Hinweis und Einbeziehung aller Argumente der laufenden Berufungsverfahren. Weil soziale Sicherheit durch soziale Grundversicherungen nur noch als soziale Zerschlagung erkennbar ist, ist die Anfechtung der Gerichtsbescheide anzuerkennen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.

Sieh **Anlage LSG-25/02**
mit den Anlagen VB-2430, VB-2431, VB-2432, VB-2434, VB-2435, VB-2436, VB-2437,
Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 wegen

Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen
Rechtsanwendungen mit sofortiger Beschwerde unter einer
disfunktionalen Beschwerde-Instanz mit Behinderung von
Verzögerungsrügen auch bei
Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage
(4.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit
verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von
Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen
Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu
über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld
von enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)
mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und
23.01.2025 und
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.11.2024
und 20.02.2025
mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025
mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem
70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit
1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-
Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für
digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
in Deutschland und Europa

BVERFG-418. Aus aktuellem Anlass:

Besonderes Gedenken des Beschwerdeführers
an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten
(1999-2004-2010) und
einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer
zwischen Ost und West:

wegen einer besonderen Beziehung zu seinem Lebenswerk
zusammen mit

hochqualifizierten Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach
den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Deutschland hat dem Beschwerdeführer ein Leben lang die Hölle
und ihre Teufel gezeigt!

Wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf
dem Weg zu Künstlicher Intelligenz mit einem im Gerichtsbezirk
Wuppertal total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen,
nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten
Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.
Jetzt mit Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal und
mit totalem Justizversagen im Umfeld von enormen
Staatsversagen in Deutschland, hier im Gerichtsbezirk des
Landgerichts Wuppertal und am Sozialgericht Düsseldorf ohne
Respektierung von Grundrechten.

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit
1977, entwickelt aus der ONLINE-Seminarreihe des
Beschwerdeführers seit 1971, durchgeführt in Deutschland,
Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk
ihres Gründers (Beschwerdeführer), ihre Systemrelevanz für eine
weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland
und Europa auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz ist längst
erwiesen, haben eine besondere Beziehung zu den verstorbenen
Bundespräsidenten.

Der Beschwerdeführer hat nicht nur eine erdrückende Beweislage
bei Gerichten und beim Bundesverfassungsgericht vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk längst nachgewiesen

BVERFG-419. Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)
mit verfassungswidrigem Übermaß im 84.Lebensjahr (Z5).

> > > **Enormes Staatsversagen und totales Justizversagen**

> > > **Anlage VB-2430**

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025)
des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Totales Justizversagen mit willfährigen Richtern und weisungsgebundenen Staatsanwälten: über 25 Jahre die Hölle und ihre Teufel gezeigt,

Getäuscht, belogen, betrogen,
Rehabilitierung, Schadenersatz und Wiederaufbau verweigert, sabotiert, boykottiert,

in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod gehetzt

Freiheitsberaubung nach 2 x Freiheitsberaubung zum 3.Mal
angedroht mit JVA-Service für weisungsgebundene Staatsanwälte
unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit
sozialen Zerschlagungen fortgesetzt

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz
vor staatlichen Übergriffen seit dem 70.Lebensjahr (2010),
mit Rentenplünderung-Skandal, mit Datenschutz-Skandal mit
Hass im SCHUFA-Netz

nach Aufbrauch erheblicher Altersrücklagen und nach kapitalen
Vermögensschäden, nach Niederschlagung paralleler Petitionen
am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-
2011)

mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem
70.Lebensjahr

**wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit
1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-
Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für
digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in
Deutschland und Europa**

**Bombardement mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit 2011
in parallelen Verfahren an Amtsgerichten, Landgerichten,
Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten durch alle erforderlichen
Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht**

**ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die wegen der politisch
motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung
von deutschen Spitzenpolitikern mit lebenslanger
Immunitätsschutz keine Mitverantwortung an den Zerschlagungen
übernehmen wollten**

**gegen weisungsgebundene Staatsanwälte am Wohnort und am
Geburtsort mit Helfern und Helfershelfern**

> > > **Totales Justizversagen:**

**Verfassungswidriger Missbrauch der Justiz mit
enormen Staatsversagen nach**

über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen wegen

**Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen
Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 an den
größten Congress-Zentren in Deutschland für digitale Evolution
auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz.**

**Jetzt mit Rechtsmittel der Verzögerungsrüge wegen
Verschleppung eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu**

Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit Weltklasseleistungen, mit Weltklasseleistungen für digitale Evolution zu Weltklasseleistungen einer KI-Offensive, Anzugreifende Hoheitsakte am Ende des Kapitels BVERFG-419

Sieh **Anlage VB-2434** (Anlage LSG-25/01)

a) Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf S 46 P 385/24 vom 05.03.2025 (eingegangen am 13.03.2025) mit diversen Unterlagen des Sozialversicherungsträgers mit **verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto mit Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch beklagte Bundesregierung.**

b) **Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Düsseldorf S 46 P 302/24** vom 05.03.2025 (eingegangen am 13.03.2025) mit Verurteilung des Beschwerdeführers mit der verhöhnenden Behauptung, der Beklagte berufe sich auf „hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen“ mit der Möglichkeit der Berufung am Landessozialgerichts NRW innerhalb eines Monats.

c) **Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Düsseldorf S 46 P 385/24** vom 05.03.2025 (eingegangen am 13.03.2025) mit Verurteilung des Beschwerdeführers mit der verhöhnenden Behauptung, der Beklagte berufe sich auf „hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen“ mit der Möglichkeit der Berufung am Landessozialgerichts NRW innerhalb eines Monats. Das Sozialgericht sieht ein „erkennbares Interesse“ des Beklagten, der nach **über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen** für die digitale Evolution in Deutschland und Europa auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen einschließlich einschließlich soziale Zerschlagung ertragen muss vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung und im **Umfeld von enormen Staatsversagen.**

Weil soziale Sicherheit durch soziale Grundversicherungen nur noch als soziale Zerschlagung erkennbar ist, ist die Anfechtung der Gerichtsbescheide längst anzuerkennen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.

Gerichte übergreifende Aushebelung von Grundrechten der Ewigkeitsklausel, ungeheuerlich in einem demokratischen Sozialstaat, daher Gerichte übergreifende Gütelösungen und Entschädigung ohne Respekt vor Grundrechten nicht vorstellbar. Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum. Daher:

Berufung gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit Opferkriminalisierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, mit Verweigerung von Rehabilitierung und angemessener Entschädigung gemäß grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG sowie Rückerstattung verfassungswidriger Kontopfändungen auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor politisch motivierter Zerschlagung.

Velbert, 14.Mai 2025



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur **unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben**, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für **Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien**, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage LSG-25/04 für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen:
wegen Anfechtung von
verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden

S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 46 P 386/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

**> > > Zurückweisung jeglicher Kostenansprüche des
Berufungsbeklagten und seines Prozessbevollmächtigten mit
Datenschutz-Skandal, „Hass im SCHUFA-Netz“ und Mobbing als
Antwort auf Sachstandabfrage**

Mitteilungen des Sozialgerichts (Frau Ujes)

vom 15.04.2025 / 05.05.2025 mit

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 14.04.2025 und
29.04.2025 als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom
14.04.2025

Anlage LSG-25/05

Schriftsatz an den 5.Senat des Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
vom 20.Juli 2024 mit **Anlage LSG-30 Seite 2 und Kapitel LSG-54**

Übergabe von **Anlage LSG-30** durch 5.Senat des LSG

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach
Abschluss des Verfahrens (Pakete 1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen
Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)
mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999 mit

Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Kapitel LSG-54

LSG-54. Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

**Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle
wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen**

am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige

Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann

(verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren), am

Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren),

am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige

Pflegeversicherung) und

am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-

**Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige
Mehrfach-Gerichtsbescheide.**

**Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung
hat sich nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,**

**verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf**

zusammenzufassen zu einem Berufungsverfahren mit 2

**Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24) wegen einheitlicher
Begründung,**

um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem

fortgeschrittenem Lebensalter ohne rechtsanwaltliche

Unterstützung zu leisten und eine qualifizierte Abwehr gegen

Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre

Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.
Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung:
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an Beweismittel und Zeugen.
> > > **Definitiv:** Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung unterdrückt wird.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 01)

Anlage LSG-25/06

Nachweis des Mobbing durch Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers anstatt Begründung eines Antrags

Anlage LSG-25/01 (Anlage VB-2434 in Verfassungsbeschwerde)

Brutal verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide

a) S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 05.03.2025

(eingegangen am 13.03.2025)

b) S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 05.03.2025

(eingegangen am 13.03.2025)

Anlage LSG-25/02 mit den Anlagen VB-2430, VB-2431, VB-2432, VB-2434, VB-2435, VB-2436, VB-2437,

Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 wegen

Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen Rechtsanwendungen mit sofortiger Beschwerde unter einer disfunktionalen Beschwerde-Instanz mit Behinderung von Verzögerungsrügen auch bei

Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage (4.Klage)

gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024

Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit

verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von

Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen

Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu

über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld von

enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)

mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und 23.01.2025 und

mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.11.2024 und

20.02.2025

mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025

mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem

70.Lebensjahr

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998

(Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und

nachhaltiges Wissensmanagement für

digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz

in Deutschland und Europa

Im Beschwerdeverfahren:

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Kläger seit 2011 nach Petitionen an

den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den

Bayerischen Landtag in München (2010), Beschwerdeführer,

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter

persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und

Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) einschließlich sozialer

Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß

Verfassungsbeschwerde

gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den

Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere

Aufgaben, 11044 Berlin

gegen Debeka Krankenversicherungsverein mit Unterstützung durch

weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des

beklagten Bundeskanzleramtes

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 210)

Anlage VB-2430

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025)

des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage LSG-25/03: So sieht hemmungslose Eskalation sozialer Zerschlagung aus: Gegenteil von sozialer Sicherheit

Anlage LSG-41

Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 zur Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941

mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416 und BVERFG-417

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 109)

Anlage LSG-42: Beantwortung vom 30.01.2025 zu

Anlage SG-01/25

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 20.01.2025 (eingegangen am 23.01.2025) mit Ankündigung eines neuen Urteils zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto **mit andauernder Rentenplünderung bis zum Limit** ohne Vorlage eines Pfändungsbeschlusses, mit Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter namentlicher Beteiligung des Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, mit grenzenloser Opferkriminalisierung vor dem Hintergrund von **politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941**

Anlagen im Schriftsatz vom 16.12.2024

Anlage LSG-40

Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 zur Klage gemäß Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-412, BVERFG-413 und BVERFG-414

inkl. Vorlage der Schreiben des Landessozialgerichts (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024) als

Anlage VB-2424 mit aktualisierter, veränderter Stellungnahme

Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und werden > deswegen dem Berichtstatter mit ehrenamtlichen Richtern zur Entscheidung übertragen, um endlich eine zukunftsfähige Perspektive für den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen. Übertragung an das Bundesverfassungsgericht hat dieselbe Zielsetzung. Daher Übertragung an das Bundesverfassungsgericht. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu **verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).

Anlage LSG-39

Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 /1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln AGV-01 und AGV-02

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den **Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin**

>>> AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5) Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

>>> AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)

75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.

> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für

das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Alle LSG-nummerierten Anlagen dieser Klage wurden bereits übergeben,

Die Anlagen VE-01 und LSG-02 stimmen überein.

Anlage VE-02 (vergleichbar mit der Ihnen vorliegenden Leihgabe LSG-30 aus dem Congressmesse-Archiv): Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)

Anlage VE-03: Siehe

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:

> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

Anlage LSG-33

Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024

(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

Anlage LSG-34

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023**

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.

(Anlage LSG-34

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage LSG-35

> **Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024**

gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte

Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu

verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

(Anlage LSG-35)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024
**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .**
Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender
Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über
12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal
zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter
von 80 Jahren) auf
Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen
unter Verantwortung der Ampel-Regierung
(Anlage LSG-36)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>
Scroll down after link (page 001/088/156/hier 228/334)

Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der
persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als
Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als
Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.
an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am
Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser
respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener
Weise gemäß dem Grundgesetz.

Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika
Piel in 2011-2012
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
(Anlage LSG-38)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Anlage LSG-31

Benachrichtigung des **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 05)

Anlage LSG-32 mit Anlage VB-2412 (1 BvR 1943/24)
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>
Scroll down after link (page 001/088/156)

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.

Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal

Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Anlage VB-2412

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Gemäß Anlage

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer **Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen** (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

Anlage VB-2413: Letzte Rentenplünderung vom 10.08.2024

Anlagen im Schriftsatz vom 2.Juli .2024

Anlage LSG-30 Seite 2

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

Anlage LSG-29 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

Anlage LSG-28 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „**Reichsbürgerschwachsinn**“ einzugehen“. Ohne Begründung!

Anlage LSG-27 (Schriftsatz vom 11.Juli 2024 an Sozialgericht Düsseldorf)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24:

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024

(Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

Beiliegend: 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:

L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe

LSG-51. > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland
> Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“

mit Wissen aller Staatsorgane

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer

unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen aller Intendanten

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >

Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

> Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
 dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
 > das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitation und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,
 > das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
 > das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
 Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
 Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .
LSG-52. > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum
 Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht
 > > > **Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998**
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit
„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“
 durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)
Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999
 > > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf
 > > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99
Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:
 Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr
 Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn
 Ohne Rehabilitation und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal** durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

ausschließlich verursacht durch

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum

Datenschutz: Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >

Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

Soziale Zerschlagung ist Teil der

politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,

erzwungen unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten,
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage
von Verfahren für Rehabilitation und Schadenersatz
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
mit

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.

Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und
andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach
Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht
möglich ist.

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 20.Juli 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

Anlage LSG-29 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024
(eingegangen am 20.07.2024)

Anlage LSG-28 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des
Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

LSG-54. Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und
L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen
am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige
Mahnverfahren),
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-
Gerichtsbescheide.
Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P
105/24) wegen einheitlicher Begründung,
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.
Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an
Beweismittel und Zeugen.
> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung
unterdrückt wird.
LSG-55. > > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz:
Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im
SCHUFA-Netz
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf
Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management
Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK),
Datenschutz ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**
der Vereinten Nationen, Artikel 12.
Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich
zu Täterdaten transformiert,
> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit hohem
Schutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),
> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf
> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,
> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird
> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte.
Siehe Anlage LSG-30 Seite 2

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Schriftsatz vom 03.Sept. 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit wiederholter Anmahnung auf Respektierung der Wahrheit und der Grundrechte gegen hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung (Faktenlage) und Stellungnahme zu

Anlage LSG-31

Benachrichtigung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 05)

Anlage LSG-32 mit Anlage VB-2412

Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024

(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.

LSG-56. Faktenlage:

Soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),

um Rehabilitierung und Schadenersatz zu unterdrücken:

Gerichte übergreifende Nonstop-Gerichtsverfahren, alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren), am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und

am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren)

alle erzwungen mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

Faktenlage:

Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang Versicherungsleistungen seit 2010 zu sozialer Zerschlagung im

**83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß
ohne eine Chance für Rehabilitierung und Schadenersatz
trotz 75 Jahre Deutsches Grundgesetz !!!**

Verfassungswidrige Mahnbescheide erzwungen, weil
soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
(alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen): Anlass für neues
Gerichtsverfahren am Sozialgericht (Anlage VB-2412 b)

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal erzwungen, daher
Antragswiederholung auf Zeugenvernehmung wegen

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020

(Anlage LSG-31, Kapitel LSG-55 mit Anlage LSG-30))

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten
und von weisungsgebundenen Staatsanwälten (beide verantwortlich für
verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz) zugemüllt

Daher > > > Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser
Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit
verfassungswidrigem Übermaß.**

**Anlage LSG-32 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 mit Anlage VB-
2412 a und b)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 18)

**Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu untauglicher Fortsetzung
eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen**

> > > **Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

**Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit
2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen**

**Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen
seit 1998 Faktenlage)**

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024
(eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter
Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem
Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz
und Güteverhandlung wegen

politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich
sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen
für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in
dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert
werden.

Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch
internationales Menschenrecht.

**Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für
grundgesetzlichen nach Art.34 GG**, weil das Zerschlagungsopfer im
83.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, simultan, Gerichte und Instanzen
übergreifend, Tag und Nacht, pausenlos, ohne Unterbrechung an
Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für
die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des
grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und
Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu
beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag.**

**LSG-57. Faktenlage: 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im
83.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß und mit einem
Datenschutz-Skandal.

Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 33)

Schriftsatz vom 18.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 gegen Bundesrepublik Deutschland am Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren
LSG-58. Faktenlage (Fortsetzung):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und
über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit
mehrfacher Freiheitsberaubung,
mit verfassungswidrigem Übermaß mit Rentenplünderung-Skandal und mit
Datenschutz-Skandal.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 49)

Schriftsatz vom 16.Dez.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und angemessene Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung):

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google:

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! **Auch in Zukunft. Daher Vorrang für Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz**
wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit mehrfacher Freiheitsberaubung,
mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung,
Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Schriftsatz vom 14.Feb.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf Rehabilitation und Schadenersatz mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitation, Schadenersatz und angemessene Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung vom 4.2.2025 bis BVERFG-417.):

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google:

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! **Auch in Zukunft. Daher Vorrang für Rehabilitation und angemessenen Schadenersatz wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und**

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im

84.Lebensjahr,

mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte

Gegen Opferkriminalisierung-Wahnsinn und Schadenersatz-Sabotage-Wahnsinn durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt (Anlage LSG-42, LSG-41)

LSG-60. In Gedenken an Bundespräsident a.D. Horst Köhler

Berufungskläger in Trauer zu

9.Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Horst Köhler, verstorben am 01.Feb.2025.

Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 90)

Schriftsatz vom 07.März.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

Kein Weiter so in Gedenken an zwei hochgeschätzte Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten anlässlich der Übertragung der Berufung in den Beschlüssen der beiden Berufungsverfahren L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24 und Stellungnahme zu den Beschlüssen vom 20.02.2025

LSG-61. Zielführend: Ganzheitliche Problemlösung ohne

Inanspruchnahme des Bundessozialgericht

> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer
Zerschlagung im 84. Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von
2x Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit
Datenschutz-Skandal u.a.m.

Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:
Berufungskläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung
und Schadenersatz (Art. 34 GG).

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen,
in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte
Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und
einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen
Ost und West**

**Kapitel 161. Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, dem Gründungsjahr von Google**
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis
2001

**mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)**

Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60. Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard
Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel
(2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

Totales Justiz-Versagen und enormes Staatsversagen
zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf
Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011

**Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-
Spitzenwachstum**

> **Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1)** mit Erzwingung durch
verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> **Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2)** mit Todesopfer (2012) und
Nachlassinsolvenz

unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen
Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach
zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den
Bayerischen Landtag in 2010

> **Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen
Rundfunks seit 1998 (Z3)** mit Rückendeckung durch das
Bundeskanzleramt

> **Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger
Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen
Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4)**
unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts

> **Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011
unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe
verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5)** ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010,

mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von
Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden Pfändungsbeschluss für
verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle
Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,

mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service für
weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor
Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,

mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten
Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten vom Kanzleramtsminister,
> **mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch**
Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch
Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>
Scroll down after link (page 361)
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 123)

Per Fax an 0201-7992-7302

**Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Berufungsverfahren L 5 P 51/25
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Zweigertstraße 54
45130 Essen**

Velbert, 08.08.2025

Berufungsverfahren L 5 P 51/25: Berufung wegen Anfechtung von
brutal verfassungswidrigen (Mehrfach-)Gerichtsbescheiden
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe.

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger
(Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch
Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter
vertreten von Prozessbevollmächtigten mit Datenschutz-Skandal und
„Hass im SCHUFA-Netz“ (**RAe Giebel und Kollegen**,
Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),
unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**,
mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer,
mit judikativem Service für die Richter,
unter Weisungsdruck durch das **wegen politisch motivierter
Zerschlagungen beklagte Bundeskanzleramt der amtierenden
Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland**
gegen Albin L. Ockl, Beklagter und Berufungskläger seit 2011
mit Petitionen an den
Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und
Bayerischen Landtag in München (2010), mit
**Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten
Prof. Dr. Horst Köhler mit sofortiger Wirkung unmittelbar nach
Bitte des Beklagten um Unterstützung in den Petitionen in 2010
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter
persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**
**Daher: Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung,
Schadenersatz und Wiederaufbau des zerschlagenen
Familienunternehmens nach Art.34 GG**

Hier: Beschluss vom 24.07.2025 (eingegangen am 28.07.2025)
nach Einspruch gemäß Anlage LSG-25/07 mit
Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (2 BvR 819/25)
Verfassungsbeschwerde vom 24.05.2025 (2 BvR 989/25)
Laufende Verfassungsbeschwerden
gegen Gerichtsbescheide des Sozialgerichts Düsseldorf und
gegen Beschlüsse und Urteile des Landessozialgerichts NRW

Detaillierte Ausführungen zu diesem Schriftsatz zusätzlich in der
vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS1g.pdf>
Scroll down after link (page 78)

LSG-106. Enormes Staatsversagen: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit sozialen Zerschlagungen
Antrag auf Beachtung der aktuellen Faktenlage
 > nach Berufungsbegründung mit den
 Kapiteln LSG-104 und LSG-105
 > nach nach Einspruch gemäß Anlage LSG-25/07 mit
 Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (2 BvR 819/25)
 Verfassungsbeschwerde vom 24.05.2025 (2 BvR 989/25)
 > **August 2025:** 25 Jahre Gedenken an staatliche UMTS-
 Skandalauktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 Berufungskläger: Kostenopfer der deutschen Einheit seit 2000
zu Kostenopfer des Sozialstaats deformiert seit 2010
 (70.Lebensjahr) mit Niederschlagung der parallelen, zeitgleichen
 Petitionen an den
 Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag und mit
 anschließenden Nonstop-Gerichtsverfahren bis heute im
 84.Lebensjahr (Enormes Justizversagen)
 > **Enormes Staatsversagen:** Die Gründe liegen viel tiefer.
Solidaritätswidriger Missbrauch für riesige Kostentilgung des
 deutschen Staates, von Beginn in 1998, ohne Perspektive in 2025
 > Verfassungsbeschwerde 2 BvR 989/25 vom 24.05.2025 gegen
 Urteile des 5.Senat des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen
 (LSG, Anlage LSG-25/08)

Kapitel LSG-104.

LSG-104. Rechtsmittel der Anhörrungsrüge nach §321a ZPO
 wegen Versagung von rechtlichem Gehör
 nach über 25 Jahren Hölle mit politisch motivierten
 Zerschlagungen
 nach über 75 Jahren Deutsches Grundgesetz
 nach über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
 unter Hitler und Stalin (erlebt!)
 mit verfassungswidrigem Übermaß
 mit mehrfacher Freiheitsberaubung und mit wiederholter
 Androhung von Freiheitsberaubung, mit Rentenplünderung-
 Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m
Enormes Staatsversagen: Solidaritäts-widrige Kostentilgung der
deutschen Einheit mit skrupelloser Zerschlagung der Existenz-
Grundlage ohne Abhilfe seit UMTS-Auktion2000
 Übergabe/Übernahme vom 5.Senat: Beweismaterial zu
Weltklasse-Höchstleistungen des Berufungsklägers mit den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für
digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz
in den größten deutschen Congress-Centren
 Soziale Zerschlagung mit Berufungsbeklagten und
 Prozessbevollmächtigten, beide verantwortlich für Datenschutz-
 Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Mobbing bei
 Sachstandabfragen, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn, mit
 Opfer-Transformation zum Täter und Schuldigen und mit
 Rentenplünderung bis zum Limit eines Pfändungsschutz-Konto,
 Pfändungsschutz-Konto ausschließlich zum Schutz vor staatlicher
 Rentenplünderung

Kapitel LSG-105.

LSG-105. Unglaublich, aber wahr:
 > Berufungskläger: **Seine Weltklasse-Höchstleistungen für**
digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz haben
dazu geführt, dass ausländisches und inländisches Kapital den
Innovationsbereich der Digital-Branche gestürmt hat:

Glücksfall für die Kostentilgung der deutschen Einheit,
Enormes Staatsversagen mit Solidaritätsverweigerung
für Opfer eines monströsen Markteingriffs:

Staatliche UMTS-Auktion 2000

Versteigerung der Mobilfunk-Frequenzen mit einem maximierten
Auktionsbetrag: Über 50 Mrd. EUR in 2000, weltweit größter
Auktionsbetrag, der je erreicht wurde, mit katastrophalen Folgen
für die Innovationselite der Digitalbranche

Berufungskläger: Kostenopfer der deutschen Einheit,
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit
Immunitätsschutz.

Seitdem: Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz,
Judikativer Boykott, staatsanwaltliche Sabotage und Verfolgung
mit verfassungswidrigem Übermaß, Soziale Zerschlagung mit
verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang
zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto zum
Schutz vor staatlichen Übergriffen seit 2010

Hemmungslose Eskalation:

Richter verweigern Respektierung der Grundrechte
Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind
verfassungswidrig

Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch
nicht im Sozialstaat

Datenschutz kontra Opferkriminalisierungswahnsinn: Opfer
werden zu Tätern und Schuldern deformiert

Datenschutz-Skandal des Prozessbevollmächtigten /

Berufungsbeklagter mit „Hass“ im SCHUFA-Netz

Antrag bis heute verweigert: Zeugenaussage von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, zuständig für
SCHUFA-Widerrufverfahren,

Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999 mit

> > > Antrag auf Zeugenaussage wegen Datenschutz-Skandal mit
Prozessbevollmächtigten des Berufungsbeklagten
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz des
Berufungsklägers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Eskalation von judikativem Boykott zu Richter-Lügen wegen

Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz,

Rentenplünderung-Skandal von weisungsgebundenen

Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten

Bundesregierung mit Rentenplünderung bis zum Limit !

einschließlich Versicherungsleistungen !.

Enormes Staatsversagen: Die Gründe liegen viel tiefer.

Solidaritätswidriger Missbrauch für riesige Kostentilgung des
deutschen Staates, von Beginn in 1998, ohne Perspektive in 2025:

> Riesige Kostenbewältigung der deutschen Einheit immer noch
nicht abgeschlossen. > Riesiger Kostenstau im Sozialstaat mit
verfassungswidrigen Exzessen. > 2025: Politischer Schuldenpakt
ohne Perspektive, indem deutscher Staat in seinen Kernaufgaben
längst versagt. Sieh

Öffentliche Stellungnahme (Anlage) eines hochgeschätzten

Zeitzeugen: **Früherer Bundesverfassungsgericht-Präsident Hans-**
Jürgen Papier (2002-2010).

Anlage VB-2430 +: Enormes Staatsversagen

Enorm solidaritätswidrig und enorm verfassungswidrig

August 2025: 25 Jahre Gedenken an staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen

Verfasser: Kostenopfer der deutschen Einheit seit 2000

zu Kostenopfer des Sozialstaats deformiert seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Niederschlagung der parallelen, zeitgleichen Petitionen an den

Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag und mit

anschließenden Nonstop-Gerichtsverfahren bis heute im

84.Lebensjahr (**Enormes Justizversagen**)

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 989/25 vom 24.05.2025 gegen

Urteile des 5.Senat des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen

(LSG, Anlage LSG-25/08)

Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen

Rechtsanwendungen des Sozialstaats vor dem Hintergrund:

Lebenslange Familienzerschlagung seit Hitler und Stalin (1941),

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen wegen

Solidaritäts-widriger Kostentilgung der deutschen Einheit (1998 /

2000) unter persönlicher Verantwortung deutscher

Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz,

mit Niederschlagung von Petitionsverfahren am Deutschen

Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011) mit

anschließenden Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,

mit dem ersten Rücktritt eines Deutschen Bundespräsidenten (mit

sofortiger Wirkung) unmittelbar nach Kontaktierung wegen

Unterstützung der Petitionsverfahren (2010)

mit wirtschaftlicher Zerschlagung und politischer Hetze gegen

seinen Bruder am Geburtsort in Bayern bis in den Tod (2012)

vor dem Hintergrund enormen Staatsversagens gemäß

hochqualifiziertem Zeitzeugen (Präsident des

Bundesverfassungsgerichts 2002-2010)

mit einer Vielzahl von Beweisen und einer Vielzahl

hochqualifizierter Zeugen zu seinem Lebenswerk,

mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem

70.Lebensjahr (über 14 Jahre)

mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4

GG, weil

Rechtsanwendungen gemäß der Rechtsgrundlage eines

demokratischen und sozialen Bundesstaates nach Art.20 GG

Abs.1-3 verfassungswidrig sind, wenn und solange Grundrechte

nicht respektiert werden

hier wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes

seit 1998 (Gründungsjahr von Google), mit Weltklasse-

Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für

digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz

in Deutschland und Europa

Im Beschwerdeverfahren am Bundesverfassungsgericht:

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Kläger und Beklagter in

Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 an Ordentlichen Gerichten,

Verwaltungs- und Sozialgerichten nach Petitionsverfahren am

Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am

Bayerischen Landtag in München (2010), ständig mit

Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht seit 2010,

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter

persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und

Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) einschließlich sozialer

Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß

gegen **Debeka Krankenversicherungsverein a.G.**,
Beschwerdegegner, Gerichte übergreifend an ordentlichen Gerichten
und an Sozialgerichten, vertreten durch den Vorstand, Ferdinand-
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18, 56058 Koblenz,
mit Proz.-Bev. **Rechtsanwälte Giebel und Kollegen**,
Stresemannstraße 60, 28207 Bremen, verwickelt in Mahnbescheid-
Skandal am **Amtsgericht Mayen**, in Datenschutz-Skandal mit
SCHUFA-Eintragungen und mit laufendem Widerrufsverfahren beim
**Hessischen Beauftragten für Datenschutz und
Informationsfreiheit**,
mit Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubung
u.a.

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich
nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 210/339).

Die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 989/25 vom 24.05.2025 umfasst
folgende Kapitel:

BVERFG-420. Aus aktuellem Anlass (BVERFG-418):

Besonderes Gedenken des Beschwerdeführers
an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten
(1999-2004-2010) und
an einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer
zwischen Ost und West:

wegen einer besonderen Beziehung zu seinem Lebenswerk
zusammen mit

hochqualifizierten Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach
seinen Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Deutschland hat dem Beschwerdeführer ein Leben lang die Hölle
und ihre Teufel gezeigt!

Wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf
dem Weg zu Künstlicher Intelligenz mit einem im Gerichtsbezirk
Wuppertal total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen,
nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten
Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.
Jetzt mit Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal und
mit totalem Justizversagen im Umfeld von enormen
Staatsversagen in Deutschland, hier im Gerichtsbezirk des
Landgerichts Wuppertal und am Landessozialgericht NRW ohne
Respektierung von Grundrechten.

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit
1977, entwickelt aus der ONLINE-Seminarreihe des
Beschwerdeführers seit 1971, durchgeführt in Deutschland,
Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk
ihres Gründers (Beschwerdeführer), ihre Systemrelevanz für eine
weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland
und Europa auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz ist längst
erwiesen, haben eine besondere Beziehung zu den verstorbenen
Bundespräsidenten.

Der Beschwerdeführer hat nicht nur eine erdrückende Beweislage
bei deutschen Gerichten und beim Bundesverfassungsgericht
vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk längst nachgewiesen

BVERFG-421. Neue Verfassungsbeschwerde,
weil Gerichte übergreifend, wegen enormen Staats- und Justiz-
Versagen nicht zu einem Bundessozialgericht, sondern zum
Gerichte übergreifenden Bundesverfassungsgericht,
hier gegen Urteile des
5.Senat des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (LSG)
mit zusammengehörenden Mehrfach-Berufungsverfahren inkl.
Erweiterung mit nachgereichten Aktenzeichen,
gegen zusammengehörende Mehrfach-Gerichtsbescheide des
Sozialgerichts Düsseldorf (SGD), erzwungen mit
enormen Staatsversagen inkl. enormen Justizversagen:
> > > **Solidaritätswidriger Missbrauch für riesige Kostentilgung**
des deutschen Staates, von Beginn an in 1998 geplant, mit der
UMTS-Auktion 2000 erzwungen, ohne Perspektive in 2025:
> Riesige Kostenbewältigung der deutschen Einheit immer noch
nicht abgeschlossen. > Riesiger Kostenstau im Sozialstaat mit
verfassungswidrigen Exzessen. > 2025: Politischer Schuldenpakt
ohne Perspektive, indem deutscher Staat in seinen Kernaufgaben
längst versagt.
Soziale Zerschlagung: Fortsetzung politisch motivierter
Zerschlagungen seit 1998
Sozialstaat: Kein grundrechtsfreier Raum für soziale
Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf
Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen,
solidaritätswidrigen Übergriffen zur Kostentilgung:
> > > Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz
durch weisungsgebundene Staatsanwälte, die unter
Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung Verfahren für
Rehabilitation und Schadenersatz sabotieren,
durch Richter, die Verfahren von Schadenersatz boykottieren,
weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher
Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz
erzwungen wurden,
durch Aufzwingung von Einzelrichtern, die mit Lüge die
Einleitung neuer Verfahren für Schadenersatz blockieren und
manipulieren, und
durch Beschwerderichter einer disfunktionalen
Beschwerdeinstanz, die Einzelrichter schützen, weil sie
vorgenannte Verfahren mit Lügen erfolgreich blockieren,
durch Richter, die es vorziehen, Rechtsanwendungen ohne
Respektierung von Grundrechten auszuführen, um sich nicht das
Missfallen der deutschen Bundesregierung zuzuziehen.
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind
nur verfassungswidrig!
Bis heute mit Verweigerung von angemessenem Schadenersatz
gemäß grundgesetzlichem Anspruch nach Art.34 GG.
Berufungskläger ist weder Schuldner noch Täter, sondern Opfer:
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren,
Opfer lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 (Geburt).
Anzugreifende Hoheitsakte der Verfassungsbeschwerde
Verfassungsbeschwerde gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG in
Verbindung mit §§ 13 Nr. 8a, 90, 92 ff. BVerfGG

BVERFG-422. Viermal verfassungswidrig:
Urteile im Doppelpack (L 5 P 105/24, L 5 110 P 110/24), eigentlich
Urteile im Viererpack (L 5 P 50/25, L 5 P 51/25) wegen kurzfristiger
Einbeziehung eines weiteren Mehrfach-Gerichtsbescheides des
Sozialgerichts Düsseldorf,

alle mit gleicher verfassungswidriger Begründung ohne Respektierung von Grundrechten, lediglich begründet mit der Aufsummierung von sozialen Kostenforderungen, ohne darauf einzugehen, dass es um

Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen als Fortsetzung von politisch motivierter Zerschlagung seit 2010 geht, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010,

seit der Niederschlagung von Petitionen (2010) an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München, mit Rücktritt eines hochgeschätzten Bundespräsidenten in 2010 unmittelbar nach schriftlichen Bitte des Petenten um

Unterstützung seiner Petitionen:

Erster Rücktritt eines deutschen Bundespräsidenten und Rücktritt mit sofortiger Wirkung (Sieh BVERFG-420)

2011: Beginn eines enormen Justizversagen (Eskalation eines enormen Staatsversagen)

Nonstop-Gerichtsverfahren, parallel, hintereinander, heute mit disfunktionaler Beschwerdeinstanz am Landgericht Wuppertal, an Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten und Ordentlichen Gerichten, mit Verfassungsbeschwerden bis zum Bundesverfassungsgericht seit 2010,

mit skandalöser Rentenplünderung der Gerichtskosten (1 BvR 1002/25) auf Pfändungsschutz-Konto bis zum Limit,

mit judikativem Boykott von Rehabilitation und Schadenersatz (notfalls auch mit Richter-Lüge) sowie mit Sabotage von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der seit 2011 beklagten Bundesregierung,

mit Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter Kumpanei der Prozess-Bevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers mit Staatsanwälten und SCHUFA-Vorstand (ehemaliger Staatssekretär im Kabinett Merkel II mit Niederschlagung der Petitionen durch Koalitionsmehrheit)

...

Enormes Staatsversagen unter gigantischen Kostendruck der deutschen Einheit, weil der

Beschwerdeführer mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution internationales Kapital für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland anziehen konnte, das mit der weltweit größten

Auktion aller Zeiten (maximierte UMTS-Auktion 2000) zur Kostentilgung der deutschen Einheit missbraucht wurde.

Gigantische Kostentilgung der deutschen Einheit mit maximiertem Kapitalentzug aus dem Innovationsbereich der Digitalbranche war solidaritätswidrig: Mit dem Monster-Markteingriff wurde die digitale Innovationselite eliminiert.

Die Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum, Existenzgrundlage des Gründers und Veranstalters, hatten nicht den Hauch einer Chance!

Darüber hinaus:

Enormes Staatsversagen unter Kostendruck des Sozialstaates, weil

Beschwerdeführer heute Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal ertragen muss, weil Rehabilitation und Schadenersatz trotz Zerschlagung der Existenz-Grundlage absichtlich von Richtern boykottiert und von Staatsanwälten sabotiert wird

Bundessozialgericht: Nicht hilfreich, weil ohne Problemlösungskompetenz
Enormes Justizversagen der Verwaltungsgerichte
Ordentliche Gerichte dürfen grundgesetzlichen Anspruch auf Schadenersatz (Art.34 GG) nicht boykottieren
Bundesverfassungsgericht ist längst gefordert!

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 339)

Die gesamte Verfassungsbeschwerde inkl. Anlagen umfasst 463 Seiten.

Berufungskläger ist kein Schuldner, weil enormes Staatsversagen:

Beschwerdeführer, Kläger und Beklagter in Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 an Ordentlichen Gerichten, Verwaltungs- und Sozialgerichten nach Petitionsverfahren am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010), ständig mit Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht seit 2010, **Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) einschließlich sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß**

Kein Weiter so!

Ungeheuerlich verfassungswidrig: Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit sozialer Zerschlagung durch weitere Verurteilung an Sozialgerichten unter Verweigerung von Rehabilitierung und angemessenem Schadenersatz mit Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht. Rechtsanwendungen der Sozialgerichte ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig. **Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Aus LSG-102. Mit aktuellem Anlass:

Tilgung hoher Kosten der deutschen Wiedervereinigung (1990):

Fortsetzung in 2025 mit Solidarität deutscher Gemeinschaft:

Solidaritätszuschlag seit 1995 auch in 2025 noch verfassungsgemäß (Bundesverfassungsgericht 26.03.2025).

Verfassungswidrig: Tilgung hoher Kosten der deutschen Wiedervereinigung mit über 50 Mrd € einer maximierten UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, der je erzielt wurde, weil Missbrauch als Monster-Markteingriff zur Erzwingung politisch motivierter Zerschlagung für digitale Innovationselite in Deutschland zugunsten der deutschen Wiedervereinigung mit maximierter UMTS-Auktion in 2000:

Solidaritätsverweigerung für digitale Innovationselite in Deutschland, die mit der UMTS-Auktion 2000 eliminiert wurde zugunsten der deutschen Wiedervereinigung!

Nicht nur am Wohnort in NRW eliminiert, sondern auch gleich am Geburtsort in Bayern zugunsten eines neuen Volksstamms in Bayern unter der Schirmherrschaft des heutigen Ministerpräsidenten.

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler:

Rücktritt mit sofortiger Wirkung nach Information über unglaubliche Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Nach Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen: Am Geburtsort in Bayern mit politisch motivierter Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders (2012) und am Wohnort in NRW mit Nonstop-Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Landgerichten, Sozialgerichten, an Amtsgerichten mit disfunktionaler Beschwerdeinstanz, weil das Opfer gezwungen war, ohne Rechtsanwalt zu überleben, mit sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto bis zum Limit, mit Datenschutz-Skandal des Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten, 2mal mit Freiheitsberaubung wegen Bußgeldverfahren am laufendem Bande seit 2011, wegen Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte und boykottierende Richter unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung, Schadenersatz und Wiederaufbau beklagten Bundesregierung. **Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.**

Offensichtlich immer noch nicht deutlich genug: Hemmungslose Eskalation von Hassverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert unter Fortsetzung von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur künstlichen Intelligenz
Zerschlagung der Europäischen Congressmessen, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, erzwungen mit dem weltweit größten Auktionsbetrag einer staatlichen Auktion, der UMTS-Auktion 2000, mit verheerenden Folgewirkungen (Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland), zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung, einer **Aufgabe des Solidaritätszuschlag !**

Aus aktuellem Anlass:
Solidarität ist Basis des deutschen Grundgesetzes. Kostentilgung der deutschen Einheit ist eine Solidaritätsaufgabe, Der Solidaritätszuschlag ist verfassungsgemäß. So hat das Bundesverfassungsgericht entschieden (26.03.2025)
Der Solidaritätszuschlag war 1995 eingeführt worden, um die Kosten der Wiedervereinigung zu finanzieren.
Die UMTS-Auktion2000 war kein Solidaritätszuschlag!
Faktenlage: Um den Solidaritätszuschlag in Grenzen zu halten, wurde das Auktionsvolumen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 maximiert (weltweit größtes Auktionsvolumen, das mit einer Auktion je erreicht wurde, über 50 Mrd EUR), um die erforderliche Höhe des Solidaritätszuschlag in erträglichen Weise zu begrenzen,
auf Kosten der digitalen Innovationselite in Deutschland.
Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (mit verheerenden Folgewirkungen eines maximierten Monster-Markteingriffs mit über 50 Mrd EUR im Jahr 2000) wurde die digitale Innovationselite in Deutschland eliminiert. Mit der digitalen Innovationselite wurden die Europäischen Congressmessen mit professionellem

Wissensmanagement der digitalen Evolution, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, zerschlagen. Der Unterzeichner und seine Familie waren gezwungen, ansehnliche Altersrücklagen aufzulösen, um zu überleben. Nach Aufbrauch der Altersrücklagen wurden zeitgleiche Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag niedergeschlagen.(2010-2011): Danach ging es weiter **mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr (2011)**

Verfassungswidrige soziale Grundversicherungen wurden aufgezwungen, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010!
Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, mit ständigen Rentenplünderungen bis zum Limit.

Wenn der Sozialstaat unter finanziellen Problemen leidet, dann ist **soziale Zerschlagung als Folge von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen der total falsche Weg, mit einem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, in dem die soziale Sicherheit des Betroffenen keine Bedeutung mehr hat, weil mit Absicht verfassungswidrige Sozialversicherungen unter absichtlicher Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen missbraucht wurden, der total falsche Weg,** um diese Probleme zu lösen.

Sozialversicherungen sind **verfassungswidrig**, wenn kein Zugang zu Versicherungsleistungen beseht, weil sie auf einem Pfändungsschutz-Konto kassiert werden, mit skrupelloser Rentenplünderung auf einem Pfändungsschutz-Konto, auf dem bis heute von weisungsgebundenen Staatsanwälten bis zum Pfändungslimit gepfändet wird **wegen sozialer Zerschlagung:** das ist ehrlich!

Der Unterzeichner und seine Familie sind
> **nicht nur Kostenopfer der deutschen Wiedervereinigung und Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung**
> **sondern darüber hinaus Opfer sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen**
als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des Altbundeskanzlers und der Altbundeskanzlerin (1998-2005-20219) und des heutigen Bayerischen Ministerpräsidenten und seiner ehemaligen Staatssekretärin, später Staatsministerin Melanie Huml.

Der Bruder des Unterzeichners, Anerbe am Geburtsort, hat die Hetze weisungsgebundener Staatsanwälte nicht überstanden und sich mit Freitod erlöst (2012 im Alter von 72 Jahren).

Deutschland hat dem Unterzeichner und seiner Familie ein Leben lang die Hölle und ihre Teufel gezeigt!

Enormes Staatsversagen:

Leidtragende sind Staatsbürger, die zu rechtlosen Untertanen degradiert, deformiert und manipuliert werden. Datenschutz-Skandale, Rentenplünderung-Skandale, juristische Skandale sind die Folge und von den Leidtragenden mit Recht zu bekämpfen.
August 2025: 25 Jahre Gedenken an staatliche UMTS-Skandalauktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen

Berufungskläger: Kostenopfer der deutschen Einheit seit 2000
zu Kostenopfer des Sozialstaats deformiert seit 2010 (70.Lebensjahr)
mit Niederschlagung der parallelen, zeitgleichen Petitionen an den
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag und mit
anschließenden Nonstop-Gerichtsverfahren bis heute im
84.Lebensjahr (Enormes Justizversagen),
**über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für die digitale
Evolution in Deutschland und Europa auf dem Weg zur
Künstlichen Intelligenz bis 2003,**
**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen einschließlich
soziale Zerschlagung** ertragen muss
vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung und im
Umfeld von enormen Staatsversagen seit 1998.

**Weil soziale Sicherheit durch soziale Grundversicherungen nur
noch als soziale Zerschlagung erkennbar ist, ist die Anfechtung
verfassungswidriger Gerichtsbescheide, Beschlüsse und Urteile
längst anzuerkennen. Rechtsanwendungen sind
verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.**
**Enormes Staatsversagen: Soziale Zerschlagung ist ausschließlich
durch absichtliche Verweigerung von Rehabilitierung und
Schadenersatz verursacht, die vom Zerschlagungsopfer nur
bekämpft werden kann.**
**Gerichte übergreifende Aushebelung von Grundrechten der
Ewigkeitsklausel, ungeheuerlich in einem demokratischen
Sozialstaat, daher Gerichte übergreifende Gütelösungen und
Entschädigung ohne Respekt vor Grundrechten nicht vorstellbar.
Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum. Daher:**
Kampf gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen
mit sozialen Zerschlagungen, und Kampf für Rehabilitierung und
angemessene Entschädigung gemäß
grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz
nach Art.34 GG sowie Rückerstattung verfassungswidriger
Kontopfändungen auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor
politisch motivierter Zerschlagung.

Velbert, 08.08.2025



Albin L. Ockl

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Unterzeichners in
dankbarer Erinnerung: > > >



Wir trauern um

hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Prof. Dr. Horst Köhler, verstorben am 01. Februar 2025, Bundespräsident a.D., Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31. Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25. Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, verstorben am 27. Januar 2006

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)

Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer KOMMTECH 1988, der 5. Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen

1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&l=4&p=112111>

Dr. Bernhard Vogel, verstorben am 02. März 2025,

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985, Festredner auf der ONLINE'85 in Düsseldorf

> > > <https://www.euro-online.de/1984.htm>

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Scroll down to ONLINE'85

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.

Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das

Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert

aufgespielt mit der **Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel** als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur **unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben**, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für **Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien**, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage LSG-25/07

Laufende Verfassungsbeschwerden
gegen Gerichtsbescheide des Sozialgerichts Düsseldorf und
gegen Beschlüsse und Urteile des Landessozialgerichts NRW

Anlage VB-2430+

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025)
des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Aus Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025

BVERFG-425. BVERFG-425. Wir trauern um

> > > <https://www.euro-online.de>

**Hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach
den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH**

**Enormes Staatsversagen mit enormen Justizversagen mit
verfassungswidrigem Übermaß:**

Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24)

**Kostenopfer der deutschen Einheit zu Kostenopfer des
Sozialstaats deformiert! Mit sozialer Zerschlagung! Mit
verfassungswidrigem Übermaß!**

Aus Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025:

2 BvR 818/25, 2 BvR 819/25, 2 BvR 925/25, 2 BvR 989/25,
2 BvR xxxx/25

> **Definitiv: Aufgezwungene Sonderlösungen für soziale
Grundversicherungen, ohne gesicherten Zugang zu
Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz
vor staatlichen Übergriffen, ohne Einspruchsmöglichkeit u.a.
sind im höchsten Maße diskriminierend und disfunktional.**

**Faktenlage: Soziale Zerschlagungen durch Missbrauch von
Sozialversicherungen sind ausschließlich durch Verweigerung
von Rehabilitierung und Schadenersatz verursacht.**

Anlage LSG-25/08

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 989/25 vom 24.05.2025 gegen
Urteile des 5.Senat des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (LSG)
mit den Kapiteln BVERFG-420, BVERFG-421, BVERFG-422.**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 339)

Anlage LSG-25/04 für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen:
wegen Anfechtung von
verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden

S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 46 P 386/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

**> > > Zurückweisung jeglicher Kostenansprüche des
Berufungsbeklagten und seines Prozessbevollmächtigten mit
Datenschutz-Skandal, „Hass im SCHUFA-Netz“ und Mobbing als
Antwort auf Sachstandabfrage**

Mitteilungen des Sozialgerichts (Frau Ujes)

vom 15.04.2025 / 05.05.2025 mit

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 14.04.2025 und
29.04.2025 als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom
14.04.2025

Anlage LSG-25/05

Schriftsatz an den 5.Senat des Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
vom 20.Juli 2024 mit **Anlage LSG-30 Seite 2 und Kapitel LSG-54**

Übergabe von **Anlage LSG-30** durch 5.Senat des LSG

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach
Abschluss des Verfahrens (Pakete 1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen
Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)
mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999 mit

Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Kapitel LSG-54

LSG-54. Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

**Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle
wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen**

am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige

Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann

(verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren), am

Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren),

am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige

Pflegeversicherung) und

**am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige
Mehrfach-Gerichtsbescheide.**

**Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung
hat sich nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,**

**verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf**

zusammenzufassen zu einem Berufungsverfahren mit 2

**Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24) wegen einheitlicher
Begründung,**

um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem

fortgeschrittenem Lebensalter ohne rechtsanwaltliche

Unterstützung zu leisten und eine qualifizierte Abwehr gegen

Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre

Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.
Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung
und Schadenersatz beklagten Bundesregierung:
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen,
verursacht im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen,
damit dem Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und
Schadenersatz nach Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu
können trotz eines Übermaßes an Beweismittel und Zeugen.
> > > **Definitiv:** Berufungskläger nicht einverstanden, wenn
Menschenrechte mit Füßen getreten werden und darüber hinaus
eine mündliche Verhandlung unterdrückt wird.
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 01)

Anlage LSG-25/06

Nachweis des Mobbing durch Prozessbevollmächtigten des
Sozialversicherungsträgers anstatt Begründung eines Antrags

Anlage LSG-25/01 (Anlage VB-2434 in Verfassungsbeschwerde)

Brutal verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide

a) S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 05.03.2025

(eingegangen am 13.03.2025)

b) S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 05.03.2025

(eingegangen am 13.03.2025)

Anlage LSG-25/02 mit den Anlagen VB-2430, VB-2431, VB-2432, VB-2434, VB-2435, VB-2436, VB-2437,

Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 wegen

Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen Rechtsanwendungen mit sofortiger Beschwerde unter einer disfunktionalen Beschwerde-Instanz mit Behinderung von Verzögerungsrügen auch bei

Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage (4.Klage)

gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024

Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit

verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von

Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen

Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu

über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)

mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und 23.01.2025 und

mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.11.2024 und 20.02.2025

mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025

mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998

(Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und

nachhaltiges Wissensmanagement für

digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz

in Deutschland und Europa

Im Beschwerdeverfahren:

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den

Bayerischen Landtag in München (2010), Beschwerdeführer,

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter

persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und

Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) einschließlich sozialer

Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß

Verfassungsbeschwerde

gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den

Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

gegen Debeka Krankenversicherungsverein mit Unterstützung durch

weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des

beklagten Bundeskanzleramtes

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 210)

Anlage VB-2430

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025)

des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage LSG-25/03: So sieht hemmungslose Eskalation sozialer Zerschlagung aus: Gegenteil von sozialer Sicherheit

Anlage LSG-41

Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 zur Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941

mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416 und BVERFG-417

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 109)

Anlage LSG-42: Beantwortung vom 30.01.2025 zu

Anlage SG-01/25

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 20.01.2025 (eingegangen am 23.01.2025) mit Ankündigung eines neuen Urteils zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto **mit andauernder Rentenplünderung bis zum Limit** ohne Vorlage eines Pfändungsbeschlusses, mit Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter namentlicher Beteiligung des Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, mit grenzenloser Opferkriminalisierung vor dem Hintergrund von **politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941**

Anlagen im Schriftsatz vom 16.12.2024

Anlage LSG-40

Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 zur Klage gemäß Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-412, BVERFG-413 und BVERFG-414

inkl. Vorlage der Schreiben des Landessozialgerichts (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024) als

Anlage VB-2424 mit aktualisierter, veränderter Stellungnahme

Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und werden > deswegen dem Berichtstatter mit ehrenamtlichen Richtern zur Entscheidung übertragen, um endlich eine zukunftsfähige Perspektive für den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen. Übertragung an das Bundesverfassungsgericht hat dieselbe Zielsetzung. Daher Übertragung an das Bundesverfassungsgericht. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu **verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).

Anlage LSG-39

Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 /1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln AGV-01 und AGV-02

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den **Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin**

>>> AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5) Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

>>> AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte, Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)

75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.

> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für

das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Alle LSG-nummerierten Anlagen dieser Klage wurden bereits übergeben,

Die Anlagen VE-01 und LSG-02 stimmen überein.

Anlage VE-02 (vergleichbar mit der Ihnen vorliegenden Leihgabe LSG-30 aus dem Congressmesse-Archiv): Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)

Anlage VE-03: Siehe

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:

> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

Anlage LSG-33

Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024

(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

Anlage LSG-34

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023**

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.

(Anlage LSG-34

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage LSG-35

> **Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024**

gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte

Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu

verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

(Anlage LSG-35)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024
**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .**
Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender
Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über
12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal
zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter
von 80 Jahren) auf
Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen
unter Verantwortung der Ampel-Regierung
(Anlage LSG-36)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>
Scroll down after link (page 001/088/156/hier 228/334)

Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der
persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als
Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als
Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.
an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am
Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser
respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener
Weise gemäß dem Grundgesetz.

Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika
Piel in 2011-2012
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
(Anlage LSG-38)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Anlage LSG-31

Benachrichtigung des **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 05)

Anlage LSG-32 mit Anlage VB-2412 (1 BvR 1943/24)
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>
Scroll down after link (page 001/088/156)

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.

Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal

Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Anlage VB-2412

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Gemäß Anlage

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer **Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen** (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

Anlage VB-2413: Letzte Rentenplünderung vom 10.08.2024

Anlagen im Schriftsatz vom 2.Juli .2024

Anlage LSG-30 Seite 2

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf
Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

Anlage LSG-29 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024
(eingegangen am 20.07.2024)

Anlage LSG-28 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten,
das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke
ich nicht, auf den „**Reichsbürgerschwachsinn**“ einzugehen“. Ohne Begründung!

Anlage LSG-27 (Schriftsatz vom 11.Juli 2024 an Sozialgericht Düsseldorf)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24:

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024

(Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des
Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am
21.06.2024)

Beiliegend: 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:

L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe

LSG-51. > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland
> Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“

mit Wissen aller Staatsorgane

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer

unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen aller Intendanten

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >

Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

> Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte

Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses

Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
 dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
 > das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitation und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,
 > das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
 > das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
 Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
 Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .
LSG-52. > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum
 Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht
 > > > **Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998**
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit
„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“
 durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)
Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999
 > > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf
 > > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99
Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:
 Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr
 Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn
 Ohne Rehabilitation und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal** durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

ausschließlich verursacht durch

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum

Datenschutz: Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >

Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

Soziale Zerschlagung ist Teil der

politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,

erzwungen unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten,
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage
von Verfahren für Rehabilitation und und Schadenersatz
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
mit

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.

Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und
andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach
Art.20 Abs.4 GG anzunehmen:**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht
möglich ist.**

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 20.Juli 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

Anlage LSG-29 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024
(eingegangen am 20.07.2024)

Anlage LSG-28 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des
Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

LSG-54. Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und
L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen
am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige
Mahnverfahren),
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-
Gerichtsbescheide.
Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P
105/24) wegen einheitlicher Begründung,
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.
Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:
Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen
grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an
Beweismittel und Zeugen.
> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung
unterdrückt wird.
LSG-55. > > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz:
Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im
SCHUFA-Netz
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf
Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management
Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK),
Datenschutz ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**
der Vereinten Nationen, Artikel 12.
Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich
zu Täterdaten transformiert,
> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit hohem
Schutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),
> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf
> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,
> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird
> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte.
Siehe Anlage LSG-30 Seite 2

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Schriftsatz vom 03.Sept. 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit wiederholter Anmahnung auf Respektierung der Wahrheit und der Grundrechte gegen hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung (Faktenlage) und Stellungnahme zu

Anlage LSG-31

Benachrichtigung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 05)

Anlage LSG-32 mit Anlage VB-2412

Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024

(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.

LSG-56. Faktenlage:

Soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),

um Rehabilitierung und Schadenersatz zu unterdrücken:

Gerichte übergreifende Nonstop-Gerichtsverfahren, alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren),

am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren),

am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung)

und

am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren)

alle erzwungen mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

Faktenlage:

Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang

Versicherungsleistungen seit 2010 zu sozialer Zerschlagung im

**83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß
ohne eine Chance für Rehabilitierung und Schadenersatz
trotz 75 Jahre Deutsches Grundgesetz !!!**

Verfassungswidrige Mahnbescheide erzwungen, weil
soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
(alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen): Anlass für neues
Gerichtsverfahren am Sozialgericht (Anlage VB-2412 b)

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal erzwungen, daher
Antragswiederholung auf Zeugenvernehmung wegen

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020

(Anlage LSG-31, Kapitel LSG-55 mit Anlage LSG-30))

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten
und von weisungsgebundenen Staatsanwälten (beide verantwortlich für
verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz) zugemüllt

Daher > > > Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

**am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser
Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit
verfassungswidrigem Übermaß.**

**Anlage LSG-32 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 mit Anlage VB-
2412 a und b)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 18)

**Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu untauglicher Fortsetzung
eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen**

> > > **Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit

2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen

**Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen
seit 1998 Faktenlage)**

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024
(eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter
Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem
Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz
und Güteverhandlung wegen

politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich
sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen
für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in
dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert
werden.

Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch
internationales Menschenrecht.

Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für

grundgesetzlichen nach Art.34 GG, weil das Zerschlagungsopfer im
83.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, simultan, Gerichte und Instanzen
übergreifend, Tag und Nacht, pausenlos, ohne Unterbrechung an
Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für
die Justiz zu arbeiten:

**dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des
grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und
Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu
beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag.**

**LSG-57. Faktenlage: 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im
83.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß und mit einem
Datenschutz-Skandal.

Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 33)

Schriftsatz vom 18.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 gegen Bundesrepublik Deutschland am Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren
LSG-58. Faktenlage (Fortsetzung):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und
über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit
mehrfacher Freiheitsberaubung,
mit verfassungswidrigem Übermaß mit Rentenplünderung-Skandal und mit
Datenschutz-Skandal.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 49)

Schriftsatz vom 16.Dez.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und angemessene Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung):

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google:

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! **Auch in Zukunft. Daher Vorrang für Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz**
wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit mehrfacher Freiheitsberaubung,
mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung,
Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Schriftsatz vom 14.Feb.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf Rehabilitation und Schadenersatz mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitation, Schadenersatz und angemessene Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung vom 4.2.2025 bis BVERFG-417.):

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google:

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! **Auch in Zukunft. Daher Vorrang für Rehabilitation und angemessenen Schadenersatz wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und**

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im

84.Lebensjahr,

mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte

Gegen Opferkriminalisierung-Wahnsinn und Schadenersatz-Sabotage-Wahnsinn durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt (Anlage LSG-42, LSG-41)

LSG-60. In Gedenken an Bundespräsident a.D. Horst Köhler

Berufungskläger in Trauer zu

9.Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Horst Köhler, verstorben am 01.Feb.2025.

Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 90)

Schriftsatz vom 07.März.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

Kein Weiter so in Gedenken an zwei hochgeschätzte Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten anlässlich der Übertragung der Berufung in den Beschlüssen der beiden Berufungsverfahren L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24 und Stellungnahme zu den Beschlüssen vom 20.02.2025

LSG-61. Zielführend: Ganzheitliche Problemlösung ohne

Inanspruchnahme des Bundessozialgericht

> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“

gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer
Zerschlagung im 84. Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von
2x Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit
Datenschutz-Skandal u.a.m.

Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:
Berufungskläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung
und Schadenersatz (Art. 34 GG).

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen,
in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte
Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und
einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen
Ost und West**

**Kapitel 161. Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, dem Gründungsjahr von Google**
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis
2001

**mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)**

Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60. Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard
Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel
(2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

Totales Justiz-Versagen und enormes Staatsversagen
zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf
Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011

**Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-
Spitzenwachstum**

> **Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1)** mit Erzwingung durch
verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> **Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2)** mit Todesopfer (2012) und
Nachlassinsolvenz

unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen
Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach
zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den
Bayerischen Landtag in 2010

> **Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen
Rundfunks seit 1998 (Z3)** mit Rückendeckung durch das
Bundeskanzleramt

> **Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger
Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen
Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4)**
unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts

> **Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011
unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe
verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5)** ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010,

mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von
Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden Pfändungsbeschluss für
verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle
Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,

mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service für
weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor
Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,

mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten
Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten vom Kanzleramtsminister,
> **mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch**
Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch
Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>
Scroll down after link (page 361)
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 123)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
Seit 2000: Kostenopfer der deutschen Einheit
2010: Niederschlagung der Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag mit Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten **Prof. Dr. Horst Köhler**
Zerschlagung der Unternehmensgruppe Ockl

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
<https://www.euro-online.de>

Per Fax an 0201-7992-7302

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Berufungsverfahren L 5 P 51/25
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

Zweigertstraße 54
45130 Essen

Velbert, 15.10.2025

Berufungsverfahren L 5 P 51/25: Berufung wegen Anfechtung von enorm verfassungswidrigen (Mehrfach-)Gerichtsbescheiden
S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G, Sozialversicherungsträger (Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter vertreten von Prozessbevollmächtigten (RAe Giebel und Kollegen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen), unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck durch das wegen **politisch motivierter Zerschlagungen** beklagte Bundeskanzleramt der amtierenden Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland gegen

Albin L. Ockl, Beklagter und Berufungskläger seit 2011 mit Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in München (2010),
Sieh Kopfzeilen

Enormes Staatsversagen: Anlage VB-2430+ Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Hier: Schreiben des Vorsitzenden Richter am Landessozialgericht Dr.Nolte vom 12.08.2025 (eingegangen am 16.08.2025) mit der Bitte um Mitteilung, welcher Rechtsanwalt im Falle der Bewilligung von Prozesskostenhilfe beigeordnet werden soll (Anlage LSG-25/09a)
Schreiben der Regierungshauptsekretärin Pilz vom 23.09.2025 (eingegangen am 02.10.2025) mit Wortlaut: „an die gerichtliche Verfügung vom 12.08.2025 wird erinnert“ (Anlage LSG-25/09b)
nach Beschluss vom 24.07.2025 (eingegangen am 28.07.2025)
nach Einspruch gemäß Anlage LSG-25/07 mit
Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (2 BvR 819/25)
Verfassungsbeschwerde vom 24.05.2025 (2 BvR 989/25)
Laufende Verfassungsbeschwerden
gegen Gerichtsbescheide des Sozialgerichts Düsseldorf und
gegen Beschlüsse und Urteile des Landessozialgerichts NRW

Detaillierte Ausführungen zu diesem Schriftsatz zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS1g.pdf>

Scroll down after link (page 114)

LSG-107. In Gedenken an

35 Jahre deutsche Einheit: 3.Okt.2025

**August 2025: 25 Jahre UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden
Folgewirkungen für die digitale Innovationselite in Deutschland
auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz**

**Enormes Staatsversagen unter Kostendruck der deutschen
Einheit und sein Opfer: hier Berufungskläger**

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter
persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit
Immunitätsschutz**

Dritter Lebensabschnitt des Opfers mit über 25 Jahren Dauer :

**Kampf gegen politisch motivierte Zerschlagungen unter
Kostendruck der deutschen Einheit, unter Beteiligung aller
Staatsorgane, ihrer Ämter, Behörden und Institutionen des
öffentlich-rechtlichen Bereichs (Öffentlich-rechtlicher Rundfunk),
unter Beteiligung der Bundesländer**

**mit Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für
Menschenrechte EGMR in Straßburg (22.02.2012).**

**Faktenlage: Aushebelung des Solidaritätsprinzips (Basis des
Grundgesetzes) bei Kostentilgung der deutschen
Wiedervereinigung**

> Kostenopfer der deutschen Einheit

> Zerschlagungsopfer der deutschen Einheit

> Justizopfer der deutschen Einheit

**> Zerschlagungsopfer des Deutschen Bundestags (2010-2011) und
des Bayerischen Landtags (2010-2011)**

**> unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

**Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte
EGMR in Straßburg (22.02.2012):**

***Mit der UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden
Folgewirkungen unter Federführung des deutschen
Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)
wurde das Lebenswerk des Beschwerdeführers zerstört. Er wurde
um 10 (+ X) Jahre eines erfolgreichen Lebenswerks betrogen und
bestohlen (Stand 2012). Es wurde ihm und seiner Ehefrau die
Existenz-Grundlage entzogen und katastrophale
Vermögensschäden zugefügt.***

in German / in deutscher Sprache

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-0.pdf>

In English and German / In English und Deutsch

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-0E.pdf>

**In Gedenken an hochgeschätzte Persönlichkeiten, die nicht bereit waren, die
politisch motivierten Zerschlagungen mit zu tragen**

Prof. Dr. Horst Köhler, verstorben am 01.Februar 2025,

Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010)

***Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Eingang meines
Schreibens vom 25.Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am
Deutschen Bundestag in Berlin***

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

***Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes
Staatsversagen***

**Nach Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den
Bayerischen Landtag aus persönlicher Überzeugung zurückgetreten:**

Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012/2013

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-
Vorsitzenden **Monika Piel** nach mehrfachem Briefwechsel während
/ seit den Petitionen und Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>
bis zur **Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023**

In Gedenken an seinen Bruder Wendelin Ockl, der die politisch motivierten
Zerschlagungen nicht überstanden hat: Freitod im Juli 2012!

**2012: Bruder des Beschwerdeführers hält der Hetzjagd durch die
Bayerische Staatsregierung unter persönlicher Verantwortung des
heutigen Ministerpräsidenten (2012 Staatsminister) nicht Stand
und erlöst sich mit Freitod. Beschwerdeführer (hier
Berufungskläger) ist einziger Erbe
mit Nachlass-Insolvenz. Beschwerdeführer unterstützte den
juristischen Abwehrkampf seines Bruders seit Frühjahr 2010**

> > > <http://www.damwild-ockl.de/>
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>
**2 O 163/16 am Landgericht Wuppertal: Politisch motivierte
Zerschlagungen am Geburtsort**
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BAYZER01.pdf>

Faktenlage: Soziale Zerschlagungen durch Missbrauch von
Sozialversicherungen sind ausschließlich durch Verweigerung
von Rehabilitation und Schadenersatz verursacht.

Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24) mit
Fortsetzung einer verfassungswidrigen Verfügung:

Einzelrichter, mit

gesetzlichen Richterausschluss nach §41ZPO Abs.6./7./8.
droht per Verfügung mit Kosten und Verurteilung, wenn Klage
gegen Bundeskanzleramt (Bundesregierung / Bundesrepublik
Deutschland) nicht zurückgenommen wird.

Einzelrichter will Grundrechte nicht respektieren, weil:

**Beschwerdeführer, mit Weltklasse-Höchstleistungen und
professionellem Wissensmanagement für digitale Evolution auf
dem Wege zu Künstlicher Intelligenz, führend in und zugunsten
von Deutschland und Europa**

Kostenopfer der deutschen Einheit, erzwungen mit staatlicher
UMTS-Skandalauktion 2000 / Gigantischer Markteingriff mit über
50 Mrd € (August 2025: 25 Jahre Gedenken), weil Weltklasse-
Höchstleistungen mit

flächendeckender Crossmedia-Werbung höchst attraktiv für
internationales und nationales Kapital, abgegriffen mit

Maximierung des Auktionsbetrages zugunsten der Kostentilgung
der deutschen Einheit,

höchst solidaritätswidrig für Opfer des gigantischen

Markteingriffs, die bis heute politisch motivierte Zerschlagungen
mit kaum vorstellbarem Ausmaß ertragen müssen:

Enormes Staatsversagen: Gerichte / Verfahren / Instanzen
übergreifend,

Kostenopfer der deutschen Einheit deformiert zu Kostenopfer des
Sozialstaats mit sozialen Zerschlagungen

mit diskriminierenden und disfunktionalen Grundversicherungen,
mit solidaritätswidriger Kostentilgung der deutschen Einheit,
ohne Rehabilitation, mit Verweigerung von

angemessenem Schadenersatz als einzige Ursache für soziale Zerschlagungen seit 2010, mit Niederschlagung der Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag, mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, mit disfunktionaler Beschwerde-Instanz), an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten, mit verfassungswidrigem Übermaß

mit judikativem Boykott und mit Sabotierung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.

> Definitiv: Absichtliche Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011, um soziale Zerschlagungen fortsetzen zu können: Judikativer Boykott und Sabotage, staatsanwaltliche Sabotage mit Bußgeldverfahren seit 2011

> Klage wegen sozialer Zerschlagungen (Z4): Seit langem bekannt, erhärtet wegen Verweigerung von Schadenersatz, bis heute ohne Begründung zurückgewiesen, Schadenersatz wegen sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5) als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen wird beklagt.

Mit Schriftsatz vom 08.08.2025 vorgetragen, ohne Beantwortung durch das LSG:

LSG-106. Enormes Staatsversagen: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit sozialen Zerschlagungen
Antrag auf Beachtung der aktuellen Faktenlage

> nach Berufungsbegründung mit den Kapiteln LSG-104 und LSG-105

> nach Einspruch gemäß Anlage LSG-25/07 mit Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (2 BvR 819/25)
Verfassungsbeschwerde vom 24.05.2025 (2 BvR 989/25)

> **August 2025:** 25 Jahre Gedenken an staatliche UMTS-Skandalauktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
Berufungskläger: Kostenopfer der deutschen Einheit seit 2000 zu Kostenopfer des Sozialstaats deformiert seit 2010
(70.Lebensjahr) mit Niederschlagung der parallelen, zeitgleichen Petitionen an den

Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag und mit anschließenden Nonstop-Gerichtsverfahren bis heute im 84.Lebensjahr (Enormes Justizversagen)

> **Enormes Staatsversagen:** Die Gründe liegen viel tiefer. Solidaritätswidriger Missbrauch für riesige Kostentilgung des deutschen Staates, von Beginn in 1998, ohne Perspektive in 2025
> Verfassungsbeschwerde 2 BvR 989/25 vom 24.05.2025 gegen Urteile des 5.Senat des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (LSG, Anlage LSG-25/08)

Kapitel LSG-104.

LSG-104. Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
wegen Versagung von rechtlichem Gehör
nach über 25 Jahren Hölle mit politisch motivierten Zerschlagungen

nach über 75 Jahren Deutsches Grundgesetz

nach über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung unter Hitler und Stalin (erlebt!)

mit verfassungswidrigem Übermaß

mit mehrfacher Freiheitsberaubung und mit wiederholter Androhung von Freiheitsberaubung, mit Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m
Enormes Staatsversagen: Solidaritäts-widrige Kostentilgung der deutschen Einheit mit skrupelloser Zerschlagung der Existenz-Grundlage ohne Abhilfe seit UMTS-Auktion2000

Übergabe/Übernahme vom 5.Senat: Beweismaterial zu **Weltklasse-Höchstleistungen des Berufungsklägers mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz in den größten deutschen Congress-Centren**
Soziale Zerschlagung mit Berufungsbeklagten und Prozessbevollmächtigten, beide verantwortlich für Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Mobbing bei Sachstandabfragen, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn, mit Opfer-Transformation zum Täter und Schuldigen und mit Rentenplünderung bis zum Limit eines Pfändungsschutz-Konto, Pfändungsschutz-Konto ausschließlich zum Schutz vor staatlicher Rentenplünderung

Kapitel LSG-105.

LSG-105. Unglaublich, aber wahr:

> Berufungskläger: **Seine Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz haben dazu geführt, dass ausländisches und inländisches Kapital den Innovationsbereich der Digital-Branche gestürmt hat:**

Glücksfall/Sündenfall für Kostentilgung der deutschen Einheit,
Enormes Staatsversagen mit Solidaritätsverweigerung für Opfer eines monströsen Markteingriffs:

Staatliche UMTS-Auktion2000

Versteigerung der Mobilfunk-Frequenzen mit einem maximierten Auktionsbetrag: Über 50 Mrd. EUR in 2000, weltweit größter Auktionsbetrag, der je erreicht wurde, mit katastrophalen Folgen für die Innovationselite der Digitalbranche

Berufungskläger: Kostenopfer der deutschen Einheit, über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz.

Seitdem: Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Judikativer Boykott, staatsanwaltliche Sabotage und Verfolgung mit verfassungswidrigem Übermaß, Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen seit 2010

Hemmungslose Eskalation:

Richter verweigern Respektierung der Grundrechte
Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig

Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch nicht im Sozialstaat

Datenschutz kontra Opferkriminalisierungswahnsinn: Opfer werden zu Tätern und Schuldern deformiert

Datenschutz-Skandal des Prozessbevollmächtigten / Berufungsbeklagter mit „Hass“ im SCHUFA-Netz.

Antrag bis heute verweigert: Zeugenaussage von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, zuständig für SCHUFA-Widerrufverfahren,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999 mit

> > > Antrag auf Zeugenaussage wegen Datenschutz-Skandal mit Prozessbevollmächtigten des Berufungsbeklagten mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz des Berufungsklägers

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Eskalation von judikativem Boykott zu Richter-Lügen wegen Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Rentenplünderung-Skandal von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung mit Rentenplünderung bis zum Limit ! einschließlich Versicherungsleistungen !.

Enormes Staatsversagen: Die Gründe liegen viel tiefer. Solidaritätswidriger Missbrauch für riesige Kostentilgung des deutschen Staates, von Beginn in 1998, ohne Perspektive in 2025: > Riesige Kostenbewältigung der deutschen Einheit immer noch nicht abgeschlossen. > Riesiger Kostenstau im Sozialstaat mit verfassungswidrigen Exzessen. > 2025: Politischer Schuldenpakt ohne Perspektive, indem deutscher Staat in seinen Kernaufgaben längst versagt. Sieh **Öffentliche Stellungnahme (Anlage) eines hochgeschätzten Zeitzeugen: Früherer Bundesverfassungsgericht-Präsident Hans-Jürgen Papier (2002-2010).**

Anlage VB-2430 +: Enormes Staatsversagen
Enorm solidaritätswidrig und enorm verfassungswidrig
August 2025: 25 Jahre Gedenken an staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
Verfasser: Kostenopfer der deutschen Einheit seit 2000 zu Kostenopfer des Sozialstaats deformiert seit 2010 (70.Lebensjahr) mit Niederschlagung der parallelen, zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag und mit anschließenden Nonstop-Gerichtsverfahren bis heute im 84.Lebensjahr (**Enormes Justizversagen**)

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 989/25 vom 24.05.2025 gegen Urteile des 5.Senat des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (LSG, Anlage LSG-25/08)

Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Sozialstaats vor dem Hintergrund: Lebenslange Familienzerschlagung seit Hitler und Stalin (1941), über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen wegen Solidaritäts-widriger Kostentilgung der deutschen Einheit (1998 / 2000) unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Niederschlagung von Petitionsverfahren am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011) mit anschließenden Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, mit dem ersten Rücktritt eines Deutschen Bundespräsidenten (mit sofortiger Wirkung) unmittelbar nach Kontaktierung wegen Unterstützung der Petitionsverfahren (2010) mit wirtschaftlicher Zerschlagung und politischer Hetze gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern bis in den Tod (2012) vor dem Hintergrund enormen Staatsversagens gemäß hochqualifiziertem Zeitzeugen (Präsident des Bundesverfassungsgerichts 2002-2010) mit einer Vielzahl von Beweisen und einer Vielzahl hochqualifizierter Zeugen zu seinem Lebenswerk,

mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70. Lebensjahr (über 14 Jahre)
mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art. 20 Abs. 4 GG, weil
Rechtsanwendungen gemäß der Rechtsgrundlage eines demokratischen und sozialen Bundesstaates nach Art. 20 GG Abs. 1-3 verfassungswidrig sind, wenn und solange Grundrechte nicht respektiert werden
hier wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa

Im Beschwerdeverfahren am Bundesverfassungsgericht:
Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Kläger und Beklagter in Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 an Ordentlichen Gerichten, Verwaltungs- und Sozialgerichten nach Petitionsverfahren am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010), ständig mit Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht seit 2010, **Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) einschließlich sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß** gegen **Debeka Krankenversicherungsverein a.G.**, Beschwerdegegner, Gerichte übergreifend an ordentlichen Gerichten und an Sozialgerichten, vertreten durch den Vorstand, Ferdinand-Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18, 56058 Koblenz, mit Proz.-Bev. **Rechtsanwälte Giebel und Kollegen**, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen, verwickelt in Mahnbescheid-Skandal am **Amtsgericht Mayen**, in Datenschutz-Skandal mit SCHUFA-Eintragungen und mit laufendem Widerrufsverfahren beim **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit**, mit Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubung u.a.

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>
Scroll down after link (page 210/339).

Die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 989/25 vom 24.05.2025 umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-420. Aus aktuellem Anlass (BVERFG-418):
Besonderes Gedenken des Beschwerdeführers an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und an einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West:
wegen einer besonderen Beziehung zu seinem Lebenswerk zusammen mit
hochqualifizierten Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach seinen Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH Deutschland hat dem Beschwerdeführer ein Leben lang die Hölle und ihre Teufel gezeigt!
Wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf

dem Weg zu Künstlicher Intelligenz mit einem im Gerichtsbezirk Wuppertal total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000. Jetzt mit Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal und mit totalem Justizversagen im Umfeld von enormen Staatsversagen in Deutschland, hier im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal und am Landessozialgericht NRW ohne Respektierung von Grundrechten.

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus der ONLINE-Seminarreihe des Beschwerdeführers seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers (Beschwerdeführer), ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland und Europa auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz ist längst erwiesen, haben eine besondere Beziehung zu den verstorbenen Bundespräsidenten.

Der Beschwerdeführer hat nicht nur eine erdrückende Beweislage bei deutschen Gerichten und beim Bundesverfassungsgericht vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk längst nachgewiesen

BVERFG-421. Neue Verfassungsbeschwerde, weil Gerichte übergreifend, wegen enormen Staats- und Justiz-Versagen nicht zu einem Bundessozialgericht, sondern zum Gerichte übergreifenden Bundesverfassungsgericht, hier gegen Urteile des

5.Senat des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (LSG) mit zusammengehörenden Mehrfach-Berufungsverfahren inkl. Erweiterung mit nachgereichten Aktenzeichen, gegen zusammengehörende Mehrfach-Gerichtsbescheide des Sozialgerichts Düsseldorf (SGD), erzwungen mit enormen Staatsversagen inkl. enormen Justizversagen:

> > > **Solidaritätswidriger Missbrauch für riesige Kostentilgung des deutschen Staates**, von Beginn an in 1998 geplant, mit der UMTS-Auktion 2000 erzwungen, ohne Perspektive in 2025:

> Riesige Kostenbewältigung der deutschen Einheit immer noch nicht abgeschlossen. > Riesiger Kostenstau im Sozialstaat mit verfassungswidrigen Exzessen. > 2025: Politischer Schuldenpakt ohne Perspektive, indem deutscher Staat in seinen Kernaufgaben längst versagt.

Soziale Zerschlagung: Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Sozialstaat: Kein grundrechtsfreier Raum für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf

Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen, solidaritätswidrigen Übergriffen zur Kostentilgung:

> > > Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz durch weisungsgebundene Staatsanwälte, die unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung Verfahren für Rehabilitation und Schadenersatz sabotieren, durch Richter, die Verfahren von Schadenersatz boykottieren, weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz erzwungen wurden,

durch Aufzwingung von Einzelrichtern, die mit Lüge die Einleitung neuer Verfahren für Schadenersatz blockieren und manipulieren, und

durch Beschwerderichter einer disfunktionalen

Beschwerdeinstanz, die Einzelrichter schützen, weil sie vorgenannte Verfahren mit Lügen erfolgreich blockieren,

durch Richter, die es vorziehen, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten auszuführen, um sich nicht das Missfallen der deutschen Bundesregierung zuzuziehen.

Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind nur verfassungswidrig!

Bis heute mit Verweigerung von angemessenem Schadenersatz gemäß grundgesetzlichem Anspruch nach Art.34 GG.

Berufungskläger ist weder Schuldner noch Täter, sondern Opfer:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren,

Opfer lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 (Geburt).

Anzugreifende Hoheitsakte der Verfassungsbeschwerde

Verfassungsbeschwerde gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG in

Verbindung mit §§ 13 Nr. 8a, 90, 92 ff. BVerfGG

BVERFG-422. Viermal verfassungswidrig:

Urteile im Doppelpack (L 5 P 105/24, L 5 110 P 110/24), eigentlich Urteile im Viererpack (L 5 P 50/25, L 5 P 51/25) wegen kurzfristiger Einbeziehung eines weiteren Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf,

alle mit gleicher verfassungswidriger Begründung ohne Respektierung von Grundrechten, lediglich begründet mit der Aufsummierung von sozialen Kostenforderungen, ohne darauf einzugehen, dass es um

Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-
Grundversicherungen als Fortsetzung von

politisch motivierter Zerschlagung seit 2010 geht,

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010,

seit der Niederschlagung von Petitionen (2010) an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München,

mit Rücktritt eines hochgeschätzten Bundespräsidenten in 2010 unmittelbar nach schriftlichen Bitte des Petenten um

Unterstützung seiner Petitionen:

Erster Rücktritt eines deutschen Bundespräsidenten und Rücktritt mit sofortiger Wirkung (Sieh BVERFG-420)

2011: Beginn eines enormen Justizversagen (Eskalation eines enormen Staatsversagen)

Nonstop-Gerichtsverfahren, parallel, hintereinander, heute mit disfunktionaler Beschwerdeinstanz am Landgericht Wuppertal, an Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten und Ordentlichen Gerichten, mit Verfassungsbeschwerden bis zum

Bundesverfassungsgericht seit 2010,

mit skandalöser Rentenplünderung der Gerichtskosten (1 BvR 1002/25) auf Pfändungsschutz-Konto bis zum Limit,

mit judikativem Boykott von Rehabilitation und Schadenersatz (notfalls auch mit Richter-Lüge) sowie mit Sabotage von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der seit 2011 beklagten Bundesregierung,

mit Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter

Kumpanei der Prozess-Bevollmächtigten des

Sozialversicherungsträgers mit Staatsanwälten und SCHUFA-

Vorstand (ehemaliger Staatssekretär im Kabinett Merkel II mit

Niederschlagung der Petitionen durch Koalitionsmehrheit)

...

Enormes Staatsversagen unter gigantischen Kostendruck der deutschen Einheit, weil der

Beschwerdeführer mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution internationales Kapital für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland anziehen konnte, das mit der weltweit größten

Auktion aller Zeiten (maximierte UMTS-Auktion 2000) zur Kostentilgung der deutschen Einheit missbraucht wurde.

Gigantische Kostentilgung der deutschen Einheit mit maximiertem Kapitalentzug aus dem Innovationsbereich der Digitalbranche war solidaritätswidrig: Mit dem Monster-Markteingriff wurde die digitale Innovationselite eliminiert.

Die Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum, Existenzgrundlage des Gründers und Veranstalters, hatten nicht den Hauch einer Chance!

Darüber hinaus:

Enormes Staatsversagen unter Kostendruck des Sozialstaates, weil

Beschwerdeführer heute Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal ertragen muss, weil Rehabilitierung und Schadenersatz trotz Zerschlagung der Existenz-Grundlage absichtlich von Richtern boykottiert und von Staatsanwälten sabotiert wird

Bundessozialgericht: Nicht hilfreich, weil ohne Problemlösungskompetenz

Enormes Justizversagen der Verwaltungsgerichte

Ordentliche Gerichte dürfen grundgesetzlichen Anspruch auf Schadenersatz (Art.34 GG) nicht boykottieren

Bundesverfassungsgericht ist längst gefordert!

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 339)

Die gesamte Verfassungsbeschwerde inkl. Anlagen umfasst 463 Seiten.

Berufungskläger ist kein Schuldner, weil enormes Staatsversagen:

Beschwerdeführer, Kläger und Beklagter in Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 an Ordentlichen Gerichten, Verwaltungs- und Sozialgerichten nach Petitionsverfahren am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010), ständig mit Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht seit 2010, **Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) einschließlich sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß**

Kein Weiter so!

Ungeheuerlich verfassungswidrig: Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit sozialer Zerschlagung durch weitere Verurteilung an Sozialgerichten unter Verweigerung von Rehabilitierung und angemessenem Schadenersatz mit Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht. Rechtsanwendungen der Sozialgerichte ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig. **Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Aus **LSG-102**. Mit aktuellem Anlass:

Tilgung hoher Kosten der deutschen Wiedervereinigung (1990):

Fortsetzung in 2025 mit Solidarität deutscher Gemeinschaft:

Solidaritätszuschlag seit 1995 auch in 2025 noch

verfassungsgemäß (Bundesverfassungsgericht 26.03.2025).

Verfassungswidrig: Tilgung hoher Kosten der deutschen Wiedervereinigung mit über 50 Mrd € einer maximierten UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, der je erzielt wurde, weil Missbrauch als Monster-Markteingriff zur Erzwingung politisch motivierter Zerschlagung für digitale Innovationselite in Deutschland zugunsten der deutschen Wiedervereinigung mit maximierter UMTS-Auktion in 2000:

Solidaritätsverweigerung für digitale Innovationselite in Deutschland, die mit der UMTS-Auktion 2000 eliminiert wurde zugunsten der deutschen Wiedervereinigung!

Nicht nur am Wohnort in NRW eliminiert, sondern auch gleich am Geburtsort in Bayern zugunsten eines neuen Volksstamms in Bayern unter der Schirmherrschaft des heutigen Ministerpräsidenten.

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler:

Rücktritt mit sofortiger Wirkung nach Information über unglaubliche Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Nach Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München:

Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen:

Am Geburtsort in Bayern mit politisch motivierter Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders (2012) und

am Wohnort in NRW mit Nonstop-Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Landgerichten, Sozialgerichten, an

Amtsgerichten mit disfunktionaler Beschwerdeinstanz, weil das Opfer gezwungen war, ohne Rechtsanwalt zu überleben,

mit sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto bis zum Limit, mit Datenschutz-Skandal des

Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten,

2mal mit Freiheitsberaubung wegen Bußgeldverfahren am laufendem Bande seit 2011, wegen Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte und boykottierende Richter unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung, Schadenersatz und Wiederaufbau beklagten Bundesregierung.

Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.

Offensichtlich immer noch nicht deutlich genug:

Hemmungslose Eskalation von Hassverfahren an den

Amtsgerichten Mettmann und Velbert unter Fortsetzung von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich

sozialer Zerschlagung mit

Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter

Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit

judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

wegen Zerschlagung eines **herausragenden Lebenswerkes** mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur künstlichen Intelligenz

Zerschlagung der Europäischen Congressmessen, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, erzwungen mit dem weltweit größten Auktionsbetrag einer staatlichen Auktion, der UMTS-Auktion 2000, mit verheerenden Folgewirkungen (Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland), zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung, einer **Aufgabe des Solidaritätszuschlag !**

Aus aktuellem Anlass:

Solidarität ist Basis des deutschen Grundgesetzes. Kostentilgung der deutschen Einheit ist eine Solidaritätsaufgabe,

Der Solidaritätszuschlag ist verfassungsgemäß. So hat das Bundesverfassungsgericht entschieden (26.03.2025)

Der Solidaritätszuschlag war 1995 eingeführt worden, um die Kosten der Wiedervereinigung zu finanzieren.

Die UMTS-Auktion 2000 war kein Solidaritätszuschlag!

Faktenlage: Um den Solidaritätszuschlag in Grenzen zu halten, wurde das Auktionsvolumen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 maximiert (weltweit größtes Auktionsvolumen, das mit einer Auktion je erreicht wurde, über 50 Mrd EUR), um die erforderliche Höhe des Solidaritätszuschlag in erträglichen Weise zu begrenzen, **auf Kosten der digitalen Innovationselite in Deutschland.**

Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (mit verheerenden Folgewirkungen eines maximierten Monster-Markteingriffs mit über 50 Mrd EUR im Jahr 2000) wurde die digitale Innovationselite in Deutschland eliminiert. Mit der digitalen Innovationselite wurden die Europäischen Congressmessen mit professionellem

Wissensmanagement der digitalen Evolution, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, zerschlagen. Der Unterzeichner und seine Familie waren gezwungen, ansehnliche Altersrücklagen aufzulösen, um zu überleben. Nach Aufbrauch der Altersrücklagen wurden zeitgleiche Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag niedergeschlagen. (2010-2011): Danach ging es weiter

mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70. Lebensjahr (2011)

Verfassungswidrige soziale Grundversicherungen wurden aufgezwungen, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010!

Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, mit ständigen Rentenplünderungen bis zum Limit.

Wenn der Sozialstaat unter finanziellen Problemen leidet, dann ist **soziale Zerschlagung als Folge von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen der total falsche Weg, mit einem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, in dem die soziale Sicherheit des Betroffenen keine**

Bedeutung mehr hat, weil mit Absicht verfassungswidrige Sozialversicherungen unter absichtlicher Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen missbraucht wurden, der total falsche Weg, um diese Probleme zu lösen.

Sozialversicherungen sind **verfassungswidrig**, wenn kein Zugang zu Versicherungsleistungen beseht, weil sie auf einem Pfändungsschutz-Konto kassiert werden, mit skrupelloser Rentenplünderung auf einem Pfändungsschutz-Konto, auf dem bis heute von weisungsgebundenen Staatsanwälten bis zum Pfändungslimit gepfändet wird **wegen sozialer Zerschlagung:** das ist ehrlich!

Der Unterzeichner und seine Familie sind

**> nicht nur Kostenopfer der deutschen Wiedervereinigung und Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung
> sondern darüber hinaus Opfer sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen**

als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des Altbundeskanzlers und der Altbundeskanzlerin (1998-2005-20219) und des heutigen Bayerischen Ministerpräsidenten und seiner ehemaligen Staatssekretärin, später Staatsministerin Melanie Huml.

Der Bruder des Unterzeichners, Anerbe am Geburtsort, hat die Hetze weisungsgebundener Staatsanwälte nicht überstanden und sich mit Freitod erlöst (2012 im Alter von 72 Jahren).

Deutschland hat dem Unterzeichner und seiner Familie ein Leben lang die Hölle und ihre Teufel gezeigt!

Enormes Staatsversagen:

Leidtragende sind Staatsbürger, die zu rechtlosen Untertanen degradiert, deformiert und manipuliert werden. Datenschutz-Skandale, Rentenplünderung-Skandale, juristische Skandale sind die Folge und von den Leidtragenden mit Recht zu bekämpfen.

August 2025: 25 Jahre Gedenken an staatliche UMTS-Skandalauktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen

Berufungskläger: Kostenopfer der deutschen Einheit seit 2000 zu Kostenopfer des Sozialstaats deformiert seit 2010 (70.Lebensjahr) mit Niederschlagung der parallelen, zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag und mit anschließenden Nonstop-Gerichtsverfahren bis heute im 84.Lebensjahr (Enormes Justizversagen),

über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für die digitale Evolution in Deutschland und Europa auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz bis 2003,

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen einschließlich soziale Zerschlagung ertragen muss vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung und im Umfeld von enormen Staatsversagen seit 1998.

Weil soziale Sicherheit durch soziale Grundversicherungen nur noch als soziale Zerschlagung erkennbar ist, ist die Anfechtung verfassungswidriger Gerichtsbescheide, Beschlüsse und Urteile längst anzuerkennen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Enormes Staatsversagen: Soziale Zerschlagung ist ausschließlich durch absichtliche Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz verursacht, die vom Zerschlagungsopfer nur bekämpft werden kann.

Gerichte übergreifende Aushebelung von Grundrechten der Ewigkeitsklausel, ungeheuerlich in einem demokratischen Sozialstaat, daher Gerichte übergreifende Gütelösungen und Entschädigung ohne Respekt vor Grundrechten nicht vorstellbar. Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum. Daher:

Kampf gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit sozialen Zerschlagungen, und Kampf für Rehabilitierung und angemessene Entschädigung gemäß grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG sowie Rückerstattung verfassungswidriger Kontopfändungen auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor politisch motivierter Zerschlagung.

Das ist nicht mit Rechtsanwälten auf Prozesskostenhilfe-Basis zu erreichen.

Das Bundesverfassungsgericht hat ein Verfahren nach

Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR in Straßburg (22.02.2012)

unterbunden, um eine Aufarbeitung durch die deutsche Justiz zu ermöglichen. Das war in 2012. Eine Aufarbeitung wäre äußerst notwendig gewesen. Statt dessen: Menschenrechte ohne Perspektive: Sein Bruder wurde bis in den Tod gehetzt, von Richtern und Staatsanwälten in Bayern. Das war im Juli 2012. Das Opfer hat keine Mühen gescheut, mit der Folge, dass es heute nicht nur Kostenopfer und Zerschlagungsopfer ist, sondern auch noch Justizopfer der deutschen Einheit. Es wird immer schlimmer.

Der Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (Berufungsbeklagter) und seines Prozessbevollmächtigten dauert an. Die Schadensauswirkungen sind nicht mehr überschaubar. Sieh

Anlage LSG-25/10: Datenschutz-Skandal des Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten, und seine Folgen dauern an:

Dieser Sozialversicherungsträger, der keine soziale Sicherheit mehr leistet, sondern nur noch soziale Zerschlagung verfolgt, der unter Missbrauch des SCHUFA-Netzes > Rache mit wirtschaftlicher Zerschlagung erfolgreich durchführt, ist mit aller Kraft zu bekämpfen, um überhaupt überleben zu können:

Aktuell ist es ihm gelungen, die Realisierung einer modernen Photovoltaik/PV-Anlage zu zerschlagen: Umstellung der privaten Energieversorgung mit Solartechnik (kostenneutral auf Mietbasis mit Notfall-Stromversorgung bei Netzausfall, höchst aktuell für Kriegszeiten, und perspektivisch für Energieversorgung von E-Auto): Sieh Email-Dokument vom 30.10.2025.

Dies ist nur die „Spitze eines Eisbergs“!

Das Landessozialgericht wurde ausführlich informiert über den **Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (Berufungsbeklagter) und seines Prozessbevollmächtigten, ohne etwas zu unternehmen. Sozialgerichte sind dadurch mitverantwortlich.**

Anlage LSG-25/11: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und internationalen Menschenrechten sind enorm verfassungswidrig.

Mit Kostenfestsetzungsbeschluss der Regierungsoberinspektorin Bretzke vom 13.10.2025 (eingegangen am 15.10.2025) gegen Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ auf Betreiben der Prozessbevollmächtigten (RAe Giebel und Kollegen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen) des **Sozialversicherungsträger.**

Das Landessozialgericht ist mehrfach aufgefordert worden, dieser verfassungswidrigen Hetze endlich ein Ende zu setzen. Alle Mahnbescheide der Prozessbevollmächtigten wurden beim Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig zurückgewiesen.

Grundrechte sind zu respektieren. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, dass in solchen Fällen Rechtsmittel der Anhörungsrüge am Landessozialgericht nicht respektiert werden.

Das Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wird vom Landessozialgericht offensichtlich nicht anerkannt:

Auch ohne Rechtsmittel gilt: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig. Der Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum.

Velbert, 15.10.2025



Albin L. Ockl

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Unterzeichners in dankbarer Erinnerung: > > >



Wir trauern um

hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Prof. Dr. Horst Köhler, verstorben am 01. Februar 2025,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010)
Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31. Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25. Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, verstorben am 27. Januar 2006

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer KOMMTECH 1988, der 5. Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen

1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Bernhard Vogel, verstorben am 02. März 2025,

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985, Festredner auf der ONLINE'85 in Düsseldorf

> > > <https://www.euro-online.de/1984.htm>

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Scroll down to ONLINE'85

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.

Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das

Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert

aufgespielt mit der **Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel** als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur

unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage VB-2430+

Enormes Staatsversagen: Anlage VB-2430+

Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren

Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage LSG-25/09: LSG-Kommunikation

Schreiben des Vorsitzenden Richter am Landessozialgericht Dr. Nolte vom 12.08.2025 (eingegangen am 16.08.2025) mit der Bitte um

Mitteilung, welcher Rechtsanwalt im Falle der Bewilligung von Prozesskostenhilfe beigeordnet werden soll (Anlage LSG-25/09a)

Schreiben der Regierungshauptsekretärin Pilz vom 23.09.2025

(eingegangen am 02.10.2025) mit Wortlaut: „an die gerichtliche

Verfügung vom 12.08.2025 wird erinnert“ (Anlage LSG-25/09b)

Anlage LSG-25/10: Datenschutz-Skandal des

Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter

persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten,

und seine Folgen dauern an:

Dieser Sozialversicherungsträger, der keine soziale Sicherheit mehr leistet, sondern nur noch soziale Zerschlagung verfolgt, der unter Missbrauch des SCHUFA-Netzes > Rache mit wirtschaftlicher Zerschlagung erfolgreich durchführt, ist mit aller Kraft zu bekämpfen, um überhaupt überleben zu können:

Aktuell ist es ihm gelungen, die Realisierung einer modernen Photovoltaik/PV-Anlage zu zerschlagen: Umstellung der privaten Energieversorgung mit Solartechnik (kostenneutral auf Mietbasis mit Notfall-Stromversorgung bei Netzausfall, höchst aktuell für Kriegszeiten, und perspektivisch für Energieversorgung von E-Auto): Sie Email-Dokument vom 30.10.2025.

Dies ist nur die „Spitze eines Eisbergs“..!

Anlage LSG-25/11: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und internationalen Menschenrechten sind enorm verfassungswidrig.

Mit Kostenfestsetzungsbeschluss der Regierungsoberinspektorin Bretzke vom 13.10.2025 (eingegangen am 15.10.2025) gegen Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ auf Betreiben der Prozessbevollmächtigten (RAe Giebel und Kollegen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen) des

Sozialversicherungsträger.

Das Landessozialgericht ist mehrfach aufgefordert worden, dieser verfassungswidrigen Hetze endlich ein Ende zu setzen. Alle Mahnbescheide der Prozessbevollmächtigten wurden beim Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Grundrechte sind zu respektieren. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, dass in solchen Fällen Rechtsmittel der Anhörungsrüge am Landessozialgericht nicht respektiert werden.

Anlage LSG-25/07

Laufende Verfassungsbeschwerden
gegen Gerichtsbescheide des Sozialgerichts Düsseldorf und
gegen Beschlüsse und Urteile des Landessozialgerichts NRW

Anlage VB-2430+

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025)
des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Aus Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf>

Scroll down after link (page 107/108/115)

BVERFG-425. BVERFG-425. Wir trauern um

> > > <https://www.euro-online.de>

**Hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach
den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH**

**Enormes Staatsversagen mit enormen Justizversagen mit
verfassungswidrigem Übermaß:**

Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24)

**Kostenopfer der deutschen Einheit zu Kostenopfer des
Sozialstaats deformiert! Mit sozialer Zerschlagung! Mit
verfassungswidrigem Übermaß!**

Aus Verfassungsbeschwerde vom **15.03.2025:**

**2 BvR 818/25, 2 BvR 819/25, 2 BvR 925/25, 2 BvR 989/25,
2 BvR xxxx/25**

**> Definitiv: Aufgezwungene Sonderlösungen für soziale
Grundversicherungen, ohne gesicherten Zugang zu
Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz
vor staatlichen Übergriffen, ohne Einspruchsmöglichkeit u.a.
sind im höchsten Maße diskriminierend und disfunktional.**

**Faktenlage: Soziale Zerschlagungen durch Missbrauch von
Sozialversicherungen sind ausschließlich durch Verweigerung
von Rehabilitation und Schadenersatz verursacht.**

Anlage LSG-25/08

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 989/25 vom 24.05.2025 gegen
Urteile des 5.Senat des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (LSG)
mit den Kapiteln BVERFG-420, BVERFG-421, BVERFG-422.**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 339)

Anlage LSG-25/04 für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen:
wegen Anfechtung von
verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden

S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 46 P 386/24 (Sozialgericht Düsseldorf)

**> > > Zurückweisung jeglicher Kostenansprüche des
Berufungsbeklagten und seines Prozessbevollmächtigten mit
Datenschutz-Skandal, „Hass im SCHUFA-Netz“ und Mobbing als
Antwort auf Sachstandabfrage**

Mitteilungen des Sozialgerichts (Frau Ujes)

vom 15.04.2025 / 05.05.2025 mit

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 14.04.2025 und

29.04.2025 als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom

14.04.2025

Anlage LSG-25/05

Schriftsatz an den 5.Senat des Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

vom 20.Juli 2024 mit **Anlage LSG-30 Seite 2 und Kapitel LSG-54**

Übergabe von **Anlage LSG-30** durch 5.Senat des LSG

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach
Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen
Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)

mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,

Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,

Congressleiter ONLINE 1999 mit

Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal

mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Kapitel LSG-54

LSG-54. Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle

wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen

am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige

Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann

(verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren), am

Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren),

am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige

Pflegeversicherung) und

am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-

Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige

Mehrfach-Gerichtsbescheide.

Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung

hat sich nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,

verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines

Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf

zusammenzufassen zu einem Berufungsverfahren mit 2

Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24) wegen einheitlicher

Begründung,

um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem

fortgeschrittenem Lebensalter ohne rechtsanwaltliche

Unterstützung zu leisten und eine qualifizierte Abwehr gegen

Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre

Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.

Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung:

Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen

grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an Beweismittel und Zeugen.

> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung unterdrückt wird.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Anlage LSG-25/06

Nachweis des Mobbing durch Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers anstatt Begründung eines Antrags

Anlage LSG-25/01 (Anlage VB-2434 in Verfassungsbeschwerde)

Brutal verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide

a) S 46 P 302/24 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 05.03.2025

(eingegangen am 13.03.2025)

b) S 46 P 385/24 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 05.03.2025

(eingegangen am 13.03.2025)

Anlage LSG-25/02 mit den Anlagen VB-2430, VB-2431, VB-2432, VB-2434, VB-2435, VB-2436, VB-2437,

Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 wegen

Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen Rechtsanwendungen mit sofortiger Beschwerde unter einer disfunktionalen Beschwerde-Instanz mit Behinderung von Verzögerungsrügen auch bei

Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage (4.Klage)

gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024

Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit

verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von

Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen

Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu

über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld von

enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)

mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und 23.01.2025 und

mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.11.2024 und

20.02.2025

mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025

mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem

70.Lebensjahr

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998

(Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und

nachhaltiges Wissensmanagement für

digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz

in Deutschland und Europa

Im Beschwerdeverfahren:

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Kläger seit 2011 nach Petitionen an

den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den

Bayerischen Landtag in München (2010), Beschwerdeführer,

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter

persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und

Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) einschließlich sozialer

Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß

Verfassungsbeschwerde

gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den

Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere

Aufgaben, 11044 Berlin

gegen Debeka Krankenversicherungsverein mit Unterstützung durch

weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des

beklagten Bundeskanzleramtes

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 210)

Anlage VB-2430

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025)

des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage LSG-25/03: So sieht hemmungslose Eskalation sozialer Zerschlagung aus: Gegenteil von sozialer Sicherheit

Anlage LSG-41

Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 zur Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941

mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416 und BVERFG-417

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 109)

Anlage LSG-42: Beantwortung vom 30.01.2025 zu

Anlage SG-01/25

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 20.01.2025 (eingegangen am 23.01.2025) mit Ankündigung eines neuen Urteils zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto **mit andauernder Rentenplünderung bis zum Limit** ohne Vorlage eines Pfändungsbeschlusses, mit Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter namentlicher Beteiligung des Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, mit grenzenloser Opferkriminalisierung vor dem Hintergrund von **politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941**

Anlagen im Schriftsatz vom 16.12.2024

Anlage LSG-40

Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 zur Klage gemäß Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln BVERFG-412, BVERFG-413 und BVERFG-414

inkl. Vorlage der Schreiben des Landessozialgerichts (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024) als

Anlage VB-2424 mit aktualisierter, veränderter Stellungnahme

Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und werden > deswegen dem Berichtstatter mit ehrenamtlichen Richtern zur Entscheidung übertragen, um endlich eine zukunftsfähige Perspektive für den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen. Übertragung an das Bundesverfassungsgericht hat dieselbe Zielsetzung. Daher Übertragung an das Bundesverfassungsgericht. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu **verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).

Anlage LSG-39

Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 /1941 mit Antrag auf Rehabilitation, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren mit ausführlicher Begründung in den Kapiteln AGV-01 und AGV-02

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den **Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin**

>>> AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5) Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

>>> AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte, Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)

75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.

> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für

das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Alle LSG-nummerierten Anlagen dieser Klage wurden bereits übergeben,

Die Anlagen VE-01 und LSG-02 stimmen überein.

Anlage VE-02 (vergleichbar mit der Ihnen vorliegenden Leihgabe LSG-30 aus dem Congressmesse-Archiv): Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)

Anlage VE-03: Siehe

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:

> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

Anlage LSG-33

Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024

(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

Anlage LSG-34

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)**

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.

(Anlage LSG-34

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage LSG-35

> **Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024 gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024**

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte

Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu

verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

(Anlage LSG-35)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .**

Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender
Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über
12 Jahre)

zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Zerschlagung

mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal

zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter
von 80 Jahren) auf

Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen
unter Verantwortung der Ampel-Regierung

(Anlage LSG-36)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/hier 228/334)

Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023

mit Anlage VB-2352

wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin

offensichtlich im Zusammenhang mit der

persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als

Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als

Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.

an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998

sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am
Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 380)

NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser
respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener
Weise gemäß dem Grundgesetz.

Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024

zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .

zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte

Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010

**Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel
in 2011-2012**

Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage

(Anlage LSG-38)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Anlage LSG-31

Benachrichtigung des **Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 05)

Anlage LSG-32 mit Anlage VB-2412 (1 BvR 1943/24)
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>
Scroll down after link (page 001/088/156)

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.

Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal

Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Anlage VB-2412

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Gemäß Anlage

> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)

> mit Kopien zu einer **Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen** (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

Anlage VB-2413: Letzte Rentenplünderung vom 10.08.2024

Anlagen im Schriftsatz vom 2.Juli .2024

Anlage LSG-30 Seite 2

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

Anlage LSG-29 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

Anlage LSG-28 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „**Reichsbürgerschwachsinn**“ einzugehen“. Ohne Begründung!

Anlage LSG-27 (Schriftsatz vom 11.Juli 2024 an Sozialgericht Düsseldorf)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24:

Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024

(Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

Beiliegend: 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:

L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe

LSG-51. > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland

> Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer

Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“

mit Wissen aller Staatsorgane

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer

unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen aller Intendanten

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >

Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie

Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales

Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

> Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen

ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen

Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und

weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,

und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten**

Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne

grundgesetzliche Schuldenbremse:

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000

(weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte

Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses

Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch

motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus

ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
 dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
 > das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitation und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,
 > das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
 > das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
 Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
 Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .
LSG-52. > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum
 Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht
 > > > Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit
„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“
 durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)
Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999
 > > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf
 > > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99
Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:
 Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr
 Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn
 Ohne Rehabilitation und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal**

durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

ausschließlich verursacht durch

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum

Datenschutz: Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >

Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches

Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

Soziale Zerschlagung ist Teil der

politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,

erzungen unter persönlicher Verantwortung von

mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten,
unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene
Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von
verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte
Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012),
mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage
von Verfahren für Rehabilitation und und Schadenersatz
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG,
nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
mit

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.

Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten
werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und
andauerndes Verweigern von rechtllichem Gehör zu über 25 Jahre politisch
motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer,
Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von
Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und
Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung
für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto
(zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen
Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach
Art.20 Abs.4 GG anzumachen:**

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht
möglich ist.

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und
grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit
deckungsgleicher Argumentation sind entschieden
zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der
Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der
weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes
geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von
Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 20.Juli 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

Anlage LSG-29 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024
(eingegangen am 20.07.2024)

Anlage LSG-28 (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024
(eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des
Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der
Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den
Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

LSG-54. Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und

verfassungswidriger Sozialversicherungen

am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am
Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-
Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige
Mahnverfahren),
am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und
am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-
Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-
Gerichtsbescheide.

Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich
nicht erlaubt, sondern ist gezwungen,
verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines
Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu
einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P
105/24) wegen einheitlicher Begründung,
um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem
Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine
qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre
Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.

Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und
Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitation und
Schadenersatz beklagten Bundesregierung:

Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht
im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem
Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen

grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitation und Schadenersatz nach
Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an
Beweismittel und Zeugen.

> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte
mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung
unterdrückt wird.

LSG-55. > > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen
Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im
SCHUFA-Netz

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf

Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und
Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-
5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management

Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK),

Datenschutz ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte**
der Vereinten Nationen, Artikel 12.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der
Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-
Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich zu
Täterdaten transformiert,

> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott
Rehabilitation und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte
Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit hohem
Schutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),

> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch
Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im
SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit
Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf

> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Menschenrechte mit Füßen getreten werden,
> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer

Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird
> weil Rentenplündereien (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte. Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Schriftsatz vom 03.Sept. 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit wiederholter Anmahnung auf Respektierung der Wahrheit und der Grundrechte gegen hemmungslose Eskalation von sozialer Zerschlagung (Faktenlage) und Stellungnahme zu Anlage LSG-31

Benachrichtigung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit über Antrag auf Zeugenaussage am Landessozialgericht NRW in Essen (LSG-55)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 05)

Anlage LSG-32 mit Anlage VB-2412

Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024

(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.

LSG-56. Faktenlage:

Soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),

um Rehabilitation und Schadenersatz zu unterdrücken:

Gerichte übergreifende Nonstop-Gerichtsverfahren,

alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen

am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren),

am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren),

am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und

am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren)

alle erzwungen mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

Faktenlage:

Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von
verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang
Versicherungsleistungen seit 2010 zu sozialer Zerschlagung im

83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß
ohne eine Chance für Rehabilitation und Schadenersatz
trotz 75 Jahre Deutsches Grundgesetz !!!

Verfassungswidrige Mahnbescheide erzwungen, weil
soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
(alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen): Anlass für neues
Gerichtsverfahren am Sozialgericht (Anlage VB-2412 b)

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal erzwungen, daher
Antragswiederholung auf Zeugenvernehmung wegen

Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz:

Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Hessischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020

(Anlage LSG-31, Kapitel LSG-55 mit Anlage LSG-30))

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten
und von weisungsgebundenen Staatsanwälten (beide verantwortlich für
verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen
Opferdaten im SCHUFA-Netz) zugemüllt

Daher > > > Verfassungsbeschwerden vom 02.08.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 156)

> 75 Jahre Deutsches Grundgesetz

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser
Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit
verfassungswidrigem Übermaß.

Anlage LSG-32 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 mit Anlage VB-
2412 a und b)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-
Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu untauglicher Fortsetzung
eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen

> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit

2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen

Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen
seit 1998 Faktenlage)

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024
(eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter
Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem**
Boykott am Verwaltungsgericht Berlin zu Rehabilitation, Schadenersatz
und Güteverhandlung wegen

politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich
sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen**
für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal, in
dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert
werden.

Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch
internationales Menschenrecht.

Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für

grundgesetzlichen nach Art.34 GG, weil das Zerschlagungsopfer im

83.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, simultan, Gerichte und Instanzen
übergreifend, Tag und Nacht, pausenlos, ohne Unterbrechung an
Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für
die Justiz zu arbeiten:

dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des

grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag.

LSG-57. Faktenlage: 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß und mit einem Datenschutz-Skandal.

Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 33)

Schriftsatz vom 18.Okt.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024

gegen Bundesrepublik Deutschland am Amtsgericht Velbert

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf

Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß

grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

LSG-58. Faktenlage (Fortsetzung):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit

mehrfacher Freiheitsberaubung,

mit verfassungswidrigem Übermaß mit Rentenplünderung-Skandal und mit

Datenschutz-Skandal.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 49)

Schriftsatz vom 16.Dez.2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf

Rehabilitierung und Schadenersatz mit neuer

Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen

Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und angemessene

Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und

Mehr-Richter-Verfahren

LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung):

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google:

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales

Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von

politisch motivierten Zerschlagungen! Auch in Zukunft. Daher Vorrang

für Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz

wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im

84.Lebensjahr, mit mehrfacher Freiheitsberaubung,

mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung,
Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Schriftsatz vom 14.Feb.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

vorzeitiger Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 auf Rehabilitation und Schadenersatz mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 gegen

Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitation, Schadenersatz und angemessene Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung vom 4.2.2025 bis BVERFG-417.):

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google:

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! **Auch in Zukunft. Daher Vorrang für Rehabilitation und angemessenen Schadenersatz wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und**

über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im

84.Lebensjahr,

mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.

Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte

Gegen Opferkriminalisierung-Wahnsinn und Schadenersatz-Sabotage-Wahnsinn durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt (Anlage LSG-42, LSG-41)

LSG-60. In Gedenken an Bundespräsident a.D. Horst Köhler

Berufungskläger in Trauer zu

9.Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Horst Köhler, verstorben am 01.Feb.2025.

Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk total

atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen

Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren

Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 90)

Schriftsatz vom 07.März.2025 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme wegen

Kein Weiter so in Gedenken an zwei hochgeschätzte Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten anlässlich der Übertragung der Berufung in den

Beschlüssen der beiden Berufungsverfahren L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24 und Stellungnahme zu den Beschlüssen vom 20.02.2025

LSG-61. Zielführend: Ganzheitliche Problemlösung ohne

Inanspruchnahme des Bundessozialgericht

> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google,

> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84. Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von 2x Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.

Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:

Berufungskläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitation und Schadenersatz (Art.34 GG).

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen,

in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und

einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West

Kapitel 161. Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, dem Gründungsjahr von Google

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023

Digitalisierungsnotstand in Deutschland)

Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60. Lebensjahr des Zerschlagungsopfers

unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard

Schröder (1998-2005),

unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel

(2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,

mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

Totales Justiz-Versagen und enormes Staatsversagen

zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz seit 2011

Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum

> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz

unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen

Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010

> Zerschlagung mit willfähigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3) mit Rückendeckung durch das

Bundeskanzleramt

> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger

Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen

Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4)

unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts

> Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011

unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe

verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5) ohne Zugang zu

Versicherungsleistungen seit 2010,

mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von
Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden Pfändungsbeschluss für
verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle
Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,
mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service für
weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor
Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> **Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten**
Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten vom Kanzleramtsminister,
> **mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch**
Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch
Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>
Scroll down after link (page 361)
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>
Scroll down after link (page 123)